

REZENSIONEN

Maria Fritsche, Claudia Opitz-Belakhal, Inken Schmidt-Voges (Hg.), Innenräume – Außenräume, in: L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft, 30, 2, 2019. ISBN 978-3-8471-0989-1

Beim vorliegenden Band handelt es sich um ein Themenheft der Zeitschrift *L'Homme*, welches sich aus geschlechtergeschichtlicher Perspektive der Kategorie des Raumes widmet. Angesichts der gestiegenen Aufmerksamkeit innerhalb der Geschichtswissenschaft für den Raum als Untersuchungskategorie, verweisen die Herausgeberinnen auf die bereits deutlich vor dem *spatial turn* einsetzende Beschäftigung mit Raum/Räumen in der Frauen- und Geschlechtergeschichte und betonen damit deren Vorreiterrolle. Vor diesem Hintergrund rekapitulieren die Herausgeberinnen die wichtigsten Forschungsstränge. Diese kreisen vor allem um zwei Bedeutungsdimensionen von Räumen: erstens die Untersuchung von konkreten materiellen Räumen sowie zweitens die Analyse „soziale[r] Normen und Bewertungen, die mit räumlichen Grenzziehungen materieller oder immaterieller Natur einhergehen (können)“ (S. 14). In dem Zusammenhang ist es das Verdienst der Frauen- und Geschlechtergeschichte, zum einen die dichotome Gegenüberstellung von ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Privatsphäre‘ kritisch hinterfragt und mit dem Konzept der „separate spheres“ die Aufmerksamkeit auf ‚Frauenräume‘ gelenkt zu haben. Zum anderen konnten Forscherinnen wie Andrea Griesebner unter Rekurs auf die Raumsoziologie Pierre Bourdieus nicht nur „den Konstruktionscharakter der geschlechterbezogenen Verortung herausarbeiten, sondern auch [...] zeigen, dass diese Geschlechterhierarchien keinesfalls immer und überall in derselben Weise vorhanden waren und verhandelt wurden (S. 14)“. Daran anknüpfend wollen die Herausgeberinnen mit dem Themenheft „aktuelle Forschungen zu Geschlechterbeziehungen und -formationen in Innen- und Außenräumen“ unter besonderer Berücksichtigung der „Machtfrage“ (S. 15) präsentieren. Etwas willkürlich wirkt die Zusammenstellung der vier Beiträge, die sowohl

chronologisch (zwei frühneuzeitliche, zwei moderne Beiträge) als auch geographisch (zwei Mal christliches Europa, New York, Anatolien) breit gestreut sind. Diese breite Streuung eröffnet aber zugleich die Möglichkeit, sowohl epochale und geographische Spezifika sowie unter Umständen auch raum- und zeitüberdauernde Traditionslinien aufzuzeigen.

Inken Schmidt-Voges widmet sich in ihrem Beitrag einer Re-Lektüre der „Libri della famiglia“ des italienischen Kunst- und Architekturtheoretikers sowie Historikers Leon Battista Alberti, in denen er sich dem Haus sowohl aus gesellschaftlicher als auch architektonischer Perspektive widmet. Wenn auch durch seinen dialogischen Aufbau nicht typisch, lässt sich das Werk dennoch der Gattung der Hausväterliteratur zurechnen. Ausgangspunkt stellt für Schmidt-Voges das mittlerweile überholte Konzept der „separate spheres“ dar, welches den Mann im öffentlichen, die Frau im privaten Raum des Hauses verortet. Dem stellt sie die Vermutung gegenüber, dass „die sozialen Räume des ‚Hauses‘ und der Gesellschaft in vormodernen Vorstellungen [viel] eher als miteinander verflochtene räumliche Dimensionen verstanden werden müssen“ (S. 20). Dem entspräche zugleich der sozial-konstruktivistische Raumbegriff, welcher im Zuge des *spatial turn* propagiert wird. Vor diesem Hintergrund stellt sie die These auf, dass „die Verwendung des Begriffs ‚Raum‘ als eine relationale Dimension sozialer Praxis zu lesen [ist], die in ihrer literarischen Konstruktion zwei distinkte, jedoch verflochtene und sich gegenseitig bedingende Bereiche (‚Haus‘ und Gesellschaft) definiert und diese dann als Räume sozialer Praktiken geschlechterbezogen konzipiert (ebd.)“. Methodisch knüpft Schmidt-Voges am Begriff der „connecting spheres“ an, dem zwar kein ausgearbeitetes Analysemodell zugrundliegt, der aber dazu auffordert, Haus und Gesellschaft nicht als homogene Räume, sondern als die Überlagerungen räumlicher Dimensionen zu begreifen.

Zunächst setzt sich Schmidt-Voges mit den unterschiedlichen räumlichen Figurationen oder Überlagerungen des Hauses auseinander, denen in den „Libri“ mit unterschiedlichen Begriffen Rechnung getragen wird. Im eigentlichen Hauptteil stellt die Autorin zuerst die Frage nach dem Verhältnis von Haus und Gesellschaft. Sie

kommt zu dem Schluss, dass Alberti nicht bei der häufig anzutreffenden Analogiebildung stehen bleibt, sondern Haus und Gesellschaft „als komplementäre Räume sozialer Ordnungsleistung konzipiert, die sich gegenseitig bedingen und nicht ohne einander gedacht werden können“ (S. 26). Während das Haus die Funktion der Vergesellschaftung (vor allem der männlichen Bewohner) und damit eine elementare Ordnungsleistung für die Gesellschaft übernimmt, stellt das Gemeinwesen die Infrastruktur bereit. In einem zweiten Schritt lotet Schmidt-Voges die Grenze zwischen innen und außen sowie Zugänglichkeit und Zugehörigkeit zum Haus aus, indem sie „die geschlechterspezifische Ausformierung der jeweiligen Aufgaben und Zuordnungen herausarbeiten [will], die Männer und Frauen in den jeweiligen Räumen angehalten sind zu erfüllen (S. 29)“. In diesem Zusammenhang kommt sie zunächst noch einmal auf das Haus als Ort der männlichen Sozialisation zu sprechen, wo unterschiedliche Männlichkeitskonzepte vermittelt und erprobt werden, die für das männliche Wirken in der Gesellschaft von Nöten sind. Hierbei greift sie nicht allein die Geschlechtszugehörigkeit als Differenzmarker, sondern ebenso das Lebensalter auf, welches auch unter den männlichen Bewohnern eines Hauses eine deutliche Hierarchie konstituiert. Das Verhältnis von Hausvater und Hausmutter ist durch das Spannungsverhältnis zwischen der antik-christlich fundierten Über- und Unterordnung der Geschlechter sowie der mit dem Begriff des Arbeitspaares umschriebenen „komplementäre[n] Funktionalität“ (S. 31) der Geschlechter geprägt. In der Sicherung der Familienehre sind Mann und Frau gegenseitig auf einander angewiesen. Dabei wirkt die Frau nicht nur im Haus, sondern erfüllt gleichsam Aufgaben außerhalb, in dem sie familiäre und soziale Netzwerke pflegt. Auch hier sind neben der Geschlechtszugehörigkeit weitere Differenzmarker wie Alter und Stand zu berücksichtigen, die die Handlungsspielräume relational zum Geschlecht mit bedingen. Abschließend bündelt Schmidt-Voges ihre Ergebnisse und betont noch einmal erstens den komplementären Anteil der Geschlechter am öffentlichen Ansehen der Familie; zweitens die Relationalität verschiedener Differenzkategorien – neben dem Geschlecht insbesondere der Stand und der Personenstand – im Hinblick auf die Verortung der Geschlechter sowie

drittens die Offenheit des Hauses und seiner Bewohner für die Blicke von außen, um die Ehre der Familie zu sichern.

Ergebnis der Untersuchung von Schmidt-Voges ist die Wiederlegung des bereits kritisierten Konzeptes der „separate spheres“, welches sie durch den Begriff der „connecting spheres“ ersetzt. Damit bestätigt sie Forschungsthesen wie die Dekonstruktion des Ausschlusses von Frauen aus dem öffentlichen Raum, die Hinterfragung der Gegenüberstellung von Öffentlichkeit und Privatsphäre sowie die komplementäre Funktionalität des Geschlechterverhältnisses im Sinne des Wunderschen Arbeitspaares,¹ die bereits seit längerem die Diskussionen der Frauen- und Geschlechtergeschichte bestimmen.

Ebenso wie Inken Schmidt-Voges wendet sich Julia Gebke in ihrem Beitrag einem klassischen Thema zu, nämlich den politischen Handlungsmöglichkeiten hochadliger Frauen, hier am Beispiel der Österreichischen Habsburger. Sie unterscheidet in ihrer Untersuchung den „männlich dominierte[n] politischen Raum“ (S. 42) sowie den „weiblich dominierte[n] politischen Raum“ (S. 50). Diese räumlichen Figurationen dienen ihr zugleich als Gliederung ihrer Analyse. Ausdrücklich knüpft sie an konstruktivistische Raumkonzepte an, insbesondere die Unterscheidung des gestaltbaren Raumes, welcher in die Zukunft weist, gegenüber dem Ort „als Schauplatz von Erlebtem“ von Aleida Assmann (S. 40), und versteht die von ihr skizzierten räumlichen Figurationen losgelöst von Materialitäten.

Mit Blick auf den männlich dominierten politischen Raum, welcher sich im Akt der Beratung am Hof, auf dem Reichstag oder auf Landpartien konstituierte, stellt sie fest, dass Kaiserin Maria von Spanien durchaus Zugang erlangte, solange sie vor Ort den geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen entsprach und, statt mit zu diskutieren, Handarbeiten erledigte. Dabei war die Anwesenheit der Kaiserin aber durchaus erklärungsbedürftig, wie die ausführlichen Berichte des spanischen Gesandten andeuten. Gebke wertet die Präsenz der

1 Die Frühneuzeit-Historikerin Heide Wunder hat bereits Anfang der 1990er Jahre das Konzept des „Arbeitspaares“ eingeführt, um die wechselseitige Abhängigkeit von Ehemann und -frau sowohl in der Produktion als auch Re-Produktion zu beschreiben. Vgl. Heide Wunder, „Er ist die Sonn‘, sie ist der Mond“. Frauen in der Frühen Neuzeit, München 1992.

Kaiserin als „subtile Form der ‚Unterwanderung‘“ (S. 43), mit welcher die Kaiserin ihren Handlungsspielraum im Rahmen der an sie gestellten Rollenerwartungen ausweitete. In einem zweiten Schritt betrachtet Gebke das Frauenzimmer „als Raum eigener politischer Agency“ (S. 50). Maria von Spanien nutzt die räumliche Trennung vom Kaiser, um ihre durchaus in verschiedenen Fragen divergierenden Interessen nicht für jeden sichtbar zu vertreten und durchzusetzen. Dabei kommen ihr ihre guten Kenntnisse über die Vorgänge am Hof und die Person des Kaisers zu Gute, die sich ihr nicht zuletzt durch ihre Anwesenheit im männlich dominierten politischen Raum eröffnen. Vor diesem Hintergrund wird ihr exklusives Umfeld zur Anlaufstelle für Gesandte auswärtiger Potentaten. Dies führt Gebke zu der abschließenden Feststellung, dass erst „in dem Aufeinandertreffen dieser beiden als dichotomisch konzipierten und doch eng ineinandergreifenden Sphären [...] das Potential politischer Teilhabe für die Kaiserin [liegt]“ (S. 54), welches sich ebenso die auswärtigen Gesandten und ihre Herrschaften zu Nutzen machten.

Zwar leuchtet direkt ein, dass anstatt älterer Arbeiten zum Frauenzimmer im Sinne eines Container-Raumes hier ein sozial-konstruktivistischer Raumbegriff Anwendung findet. Jedoch erscheint die Ablehnung jeglicher Ansätze, die die Materialität räumlicher Figuren und das Ineinandergreifen sich überlagernder Raumformationen berücksichtigen, ebenso wenig zielführend. Interessante Fragen, wie die nach der Regulierung von Zugänglichkeit, zum Beispiel durch die gezielte Lenkung von Wegstrecken oder Sichtachsen, werden auf diese Weise nicht gestellt. Ebenso wäre ein noch deutlicherer Perspektivwechsel wünschenswert: Wann tauchen Männer mit welchem Nutzen in weiblich dominierten politischen Räumen auf? – wie der spanische Gesandte. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die noch radikalere Frage: Gibt es überhaupt Räume die ausschließlich einem Geschlecht vorbehalten waren?

Mit dem Beitrag von Björn Klein macht das Themenheft einen weiten Sprung sowohl in der Zeit als auch im geographischen Raum. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die ambivalente Person Ralph Werthers, eines Insiders und Beobachters der New Yorker Unterwelt um 1900. Werther und seine Schriften, in denen er seine Erfahrungen

als *Female Impersonator* in den nächtlichen Straßen, Parks und Bars der amerikanischen Metropole mitteilt, dienen als Vergrößerungsglas, um das Phänomen des Voyeurismus und dessen Neuerfindung durch die euro-amerikanischen Sexualwissenschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts zu untersuchen.

Ausgangspunkt stellt die Transformation der Figur des Voyeurs dar. Klein zeichnet diese Umdeutung des vormals künstlerischen Voyeurs, der vor allem in den bildenden Künsten auftrat, zu einer kriminalisierten und unter einer pathologischen sexuellen Perversion leidenden Person in ihrer historischen Genese nach. Den Abschluss bilden jüngere Auseinandersetzungen mit Voyeurismus in kolonialen und feministischen Kontexten, welche die Komplexität des Phänomens betonen. Sie heben nicht zuletzt auf den gewalttätigen Charakter voyeuristischer Akte ab, welche meist von weißen Männern vollzogen würden. Die hier zum Vorschein tretenden wechselseitig aufeinander bezogenen Konzepte von Geschlecht und Rasse würden, so Klein, auch „in spezifischer Weise in der historischen Figur Werther deutlich [werden]“ (S. 64). Als auktorialer Erzähler führte Werther seine Leser in die New Yorker Unterwelt, in der er sich selbst als junger androgyner Mann bewegt hatte. Dieses Insider-Wissen speiste er nun mit einigem zeitlichen Abstand in den sexualwissenschaftlichen Diskurs ein. Er nahm hierbei eine äußerst ambivalente Rolle des Beobachtenden sowie des Beobachteten ein. „Er war ein Vermittler unterschiedlicher Wissenssysteme und stand an der Schnittstelle, an der sich unterschiedliche Formen des Sehens kreuzten“ (S. 66). Klein greift hier auf die Begrifflichkeiten Michel de Certeaus zurück und beschreibt Werther sowohl als Voyeur, der von Oben herunterschaut, als auch als Flaneur, der als beobachtender Spaziergänger durch die Straßen streift. Damit nimmt er zugleich zwei raumkonstituierende Praktiken in den Blick, nämlich einerseits konkrete Straßenzüge und Treffpunkte, die wiederum von Politik, Justiz und Medien zu „Orten der Devianz und Kriminalität“ (S. 68) erklärt wurden. Auf diese Weise wird der materielle Raum andererseits durch einen imaginären Raum überdeckt, in welchem sich Geschichten, Mythen, Vorstellungen übereinander ablagerten, die einen männlichen, weißen, christlichen Blick transportierten. Indem er sein so erworbenes Wissen

für Sexualwissenschaftler zugänglich machte und ihnen damit einen Wissensraum eröffnete, zu dem sie auf Grundlage ihrer Fallakten keinen Zugang hatten, machte Werther sich „zu einem Komplizen hegemonialer Männlichkeit“ (S. 71). Abschließend kontextualisiert Klein das Handeln seines Protagonisten vor dem Hintergrund der Entwicklungen um Frauenbewegung, Frauenwahlrecht und der damit einhergehenden männlichen Angst vor Marginalisierung.

Klein entwirft ein sehr eindrucksvolles Portrait seines ambivalenten Protagonisten, welches zeigt, wie „hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten sich durchaus in einer Person wiederfinden können“ (S. 72). Zugleich gelingt es ihm, die Dominanz christlich, männlicher, weißer Raumkonstruktionen nachzuzeichnen.

Der letzte Beitrag des Themenheftes von Çiçek İlengiz untersucht die Erinnerung an den Genozid in Dersim (heute Tunceli) während der türkischen Revolution unter Kemal Atatürk 1937/38 sowie dessen lokalen Widerstandshelden Seyyid Rıza. Die Gegend um Dersim im ländlichen Anatolien war unter ottomanischer Herrschaft eine politisch, gesellschaftlich und religiös eigenständige Region. Diesem Umstand wurde von Seiten zunächst des osmanischen Reiches sowie später der türkischen Republik mit Misstrauen begegnet. Wissenschaftler wurden in die Region geschickt, um Wissen über die örtlichen Verhältnisse zu sammeln. İlengiz konstatiert, dass die Sprache der auf diese Weise entstandenen Berichte „was not different from the discourse of other colonial powers which put a certain group of people and their landscape into a ‚savage slot‘, the place for the constitutive other“ (S. 79f). Die Menschen dort seien primitiv, barbarisch und ungläubig. 1935 wurde Dersim unter massiver Gewaltanwendung dem türkischen Staat in einem dreischrittigen Programm einverleibt: „preparation, disarmament, and if necessary displacement“ (S. 80).

İlengiz zeigt im Nachfolgenden wie die Erzählungen und Erinnerungen der gewaltvollen Ereignisse geschlechtlich aufgeladen wurden. Dies beginnt mit der Erzählung über den Ausbruch der Gewalthandlungen: Während in der offiziellen Geschichtserzählung die lokalen kurdischen Rebellen für das gewaltsame Eingreifen der türkischen Armee verantwortlich gemacht werden, gilt im lokalen kommunikativen Gedächtnis der sexuelle Übergriff eines Soldaten auf ein

junges Mädchen aus Dersim als Ausgangspunkt für die Gewalthandlungen. Die anschließende Unterwerfung der Region wird von İlenğiz als Akt mehrfacher Entmännlichung beschrieben, indem zunächst die örtlichen Autoritäten als barbarisch und wild diffamiert, dann die Bevölkerung entwaffnet und schließlich der türkische Staat als patriarchale neue Autorität installiert wurde, welche energisch gegen die Rebellen vorging. In einem zweiten Schritt analysiert İlenğiz die Statuen von Atatürk und Rıza als Medien einer ebenfalls gegenderten Erinnerung an den Genozid in Dersim. Bald nach der Unterwerfung der Stadt wurde an zentraler Stelle eine Statue des Staatsgründer Kemal Atatürk, wie sie in vielen türkischen Städten zu finden ist, aufgestellt. Sie dient „as a marker of national time and space“ (S. 83). Die immer gleiche Darstellung des Gründervaters des türkischen Nationalstaates vermittelt das Bild von Fortschritt und Zivilisation – insbesondere in solch vermeintlich barbarischen Gegenden wie Dersim. Atatürk wird gottgleich („semi-god“) dargestellt. Die Aufstellung der Statue war nur eine Strategie, mit welcher die neuen Machthaber sowohl den Stadtraum als auch die lokale Geschichtserzählung besetzten. Die Stadt als Ganzes, Straßen und Plätze wurden umbenannt. Der Stadtraum erfuhr eine enorme Militarisierung. Auf diese Weise wurde das Leben der Menschen unter eine umfassende patriarchale Kontrolle des Staates gestellt. Die Erinnerung an die Verbrechen wurde von offizieller Seite ausgelöscht und existierte lediglich im kommunikativen Gedächtnis als ein öffentlich geteiltes Geheimnis fort. Erst im Zuge der Ausgleichsbemühungen der türkischen Regierung seit den 1990er Jahren und dann besonders zu Beginn der Regierung Recep Tayyip Erdoğan gab es von verschiedenen Seiten Bemühungen, der Opfer von Dersim zu gedenken und das Trauma des Genozids zu heilen. Im Zuge dessen wurde sowohl eine Statue des Widerstandskämpfers Syyid Rıza ebenfalls an zentraler Stelle als auch „The Wall of 1938“ aufgestellt. İlenğiz arbeitet im Folgenden die Unterschiede dieser Statue im Vergleich zur Älteren von Atatürk heraus. Rıza wird als alter, sitzender Mann dargestellt, der hier mitten im öffentlichen Leben zwischen seinen Enkeln sitzt. Eine solche entmännlichte Figur strahlt keine Gefahr aus, sie stellt nicht die Machthaber in Fra-

ge oder entwirft eine alternative Zukunft, die verunmöglicht wurde. Dieser qualitative Unterschied beider Statuen fand seinen Niederschlag schließlich auch in der Wahl des Materials. Während die Atatürk-Statue aus Bronze gegossen wurde, handelt es sich bei der Rıza-Statue lediglich um eine Plastikanfertigung, die nicht nur deutlich billiger, sondern auch weniger langlebig und damit umkehrbar war. Anders als viele andere Monumente, die an die gewaltsame Unterdrückung der Kurden im türkischen Nationalstaat erinnerten und die im Zuge der nationalen Restauration der Türkei in den letzten Jahren zerstört bzw. demontiert wurden, sicherte die unpolitische Darstellung Seyyid Rızas den Fortbestand der Statue in Dersim und der darin vermittelten Erinnerung an die Opfer des Genozids.

İlengiz gelingt hier aus der Verbindung eines sozial-konstruktivistischen Raum- sowie Zeitbegriffs ein eindruckliches Portrait der Stadt Dersim und ihrer Geschichte. Seine Untersuchung unterstreicht noch einmal deutlich, dass Raum und Zeit gemeinsam gedacht und aufeinander bezogen analysiert werden müssen.

Verbindendes Moment der vier hier versammelten Beiträge ist der Fokus auf Raumformationen und deren geschlechtliche Konnotation. Alle vier Beiträge haben deutlich gemacht, dass hiermit immer auch Machtfragen verbunden sind. Sowohl die zeitliche als auch geographische Breite des Themenheftes zeigt die langlebige Dominanz christlich, männlicher, weißer Raumvorstellungen und -konstruktionen auf. Zugleich haben die Untersuchungen – insbesondere von Julia Gebke und Çiçek İlengiz – Strategien der Unterwanderung und Aneignung zum Vorschein gebracht. Der Beitrag von Björn Klein hat darüber hinaus das Potential intersektionaler Ansätze angedeutet, um Ambivalenzen und Vielschichtigkeiten in den Blick zu bekommen, wie sie die Person Ralph Werther in extenso offenbart. Inken Schmidt-Voges hat dies hingegen für die Relationalität von Geschlecht, Alter, Familienstand und Stand aufgezeigt. Der Band zeigt somit in seiner zeitlichen wie räumlichen Breite nicht allein neuere Forschungen zum Thema Raum und Geschlecht auf, sondern zugleich in Teilen, welche neueren Forschungsansätze ein hohes Erkenntnispotential bereithalten. Auf diese Weise hinterfragen einzelne Beiträge nicht allein in

der Frauen- und Geschlechtergeschichte bereits etablierte Konzepte wie das der „separate spheres“, sondern bieten neue Konzepte und Methoden an.

Teresa Schröder-Stapper

Klaus Koschorke, Adrian Hermann, Frieder Ludwig, Ciprian Burlacioiu (Hg.), „To give publicity to our thoughts“. Journale asiatischer und afrikanischer Christen um 1900 und die Entstehung einer transregionalen indigen-christlichen Öffentlichkeit (Studien zur Außereuropäischen Christentumsgeschichte, Bd. 31), Wiesbaden 2018. ISBN 978-3-447-11112-6

Das Ergebnis des vorliegenden Sammelbandes ist nur wenigen Forschungsvorhaben beschieden: eine fast unbekannte Quellengattung systematisch zu erschließen und dabei wirklich vergleichend zu arbeiten, und das in einem globalen Rahmen. Mit diesem Band liegt die komparative Gesamtstudie zu einem DFG-Forschungsprojekt vor, das im Wesentlichen an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Fachhochschule für Interkulturelle Theologie Hermansburg angesiedelt war.

Erschlossen wurden indigen-christliche Journale aus Asien und Afrika (die größtenteils enger als indigen-protestantische Journale gefasst werden könnten), die im Gegensatz zur missionarischen Presse bislang kaum bekannt waren. Klaus Koschorke definiert in seinem einleitenden Aufsatz diese Periodika als „die Zeitschriften jener ‚educated natives‘ (wie sie im kolonialen Jargon der Zeit hießen) bzw. westlich gebildeter einheimischer christlicher Führungspersönlichkeiten, die in den Transformationsprozessen dieser Epoche eine wichtige Rolle spielten.“ (15)

Diese Stimme der „native christians“ ist ein gewichtiger Beitrag zu einer „History of World Christianity“, „die der kontextuellen, konfessionellen und kulturellen Pluralität des Christentums als globaler Bewegung in sechs Kontinenten gerecht zu werden vermag.“ (13f)

Zwei ganze Kontinente sind wohl kaum zu bewältigen, weshalb je Kontinent zwei Beispielregionen mit repräsentativen Zeitschriften ausgewählt wurden, mit dem Fokus auf der Zeit von etwa 1890 bis 1915: Indien (mit der englischsprachigen Zeitschrift *Christian Patriot*, übrigens der einzigen, die nicht anfänglich unter missionarischer Schirmherrschaft erschien), Südafrika (mit der Zeitschrift *Inkanyiso yase Natal / The Enlightener of Natal* auf Englisch und Zulu), Westafrika (mit vier englischsprachigen Journalen aus Sierra Leone, der Goldküste und Lagos, sodass eher „Britisch“-Westafrika gemeint ist) und die Philippinen (mit drei kurzlebigen Zeitschriften, die fast durchgängig auf Spanisch erschienen).¹ In zweiten Teil (S. 27-62) werden diese neun Zeitschriften ausführlich vorgestellt, wobei die quellenkritisch wesentliche Einbettung auch in die säkulare Presselandschaft erfolgt. In einzelnen Fällen fehlen flankierende Quellen völlig, weshalb die Aussagen über bestimmte Zeitschriften ausschließlich aus diesen selbst gezogen werden können.

Trotz heterogener Publikationsbedingungen sind die Themenkreise der vier Regionen ähnlich. Insgesamt fünf davon sind ausgeführt, die teilweise übrigens weit über kirchliche Belange hinausgehen (S. 63-201). Das thematisch weite Feld des einheimischen Klerus und nationalkirchlicher Bewegungen ist lediglich in Südafrika vergleichsweise schwach ausgeprägt. Die Beziehungen zu nationalen und sozialen Emanzipationsbewegungen sind für alle betrachteten Gebiete ein großer Gewinn, da man hier die Forschungsergebnisse im engen Dialog zur Dekolonisierung lesen kann. Am Feld Bildung und Erziehung wird eine vergleichende Betrachtung des missionarischen Beitrags zum Aufbau eines Schul- und Hochschulwesens ermöglicht. Das Themenfeld „Frauen, weibliche Bildung, Gender-Fragen“ ist lediglich bei den Philippinen weniger ergiebig. Das zuletzt behandelte Thema, „transregionale und internationale Nachrichten und Perspektiven“, stellt eine tragfähige Grundlagenforschung für eine quellengesättigte Geschichte des Wissenstransfers dar. Der *Chris-*

1 Die Titel der westafrikanischen Zeitschriften lauten The Sierra Leone Weekly News, The Gold Coast Leader, The Lagos Weekly Record und The Lagos Standard; diejenigen der Philippinen La Verdad, La Iglesia Filipina Independiente: Revista Católica und La Redención del Obrero.

tian Patriot in Indien berichtet aus der ganzen Welt, recht intensiv beispielsweise über indische „coolies“ in Südafrika, hingegen kaum über die ‚schwarzen‘ Christen dort. In Südafrika hingegen werden weniger internationale Nachrichten gebracht. Dazu passt, dass über Inder in Natal und Südafrika berichtet wird, nicht aber über Indien selbst. In Sachen Fortschritt und Entwicklung gelten die USA als Vorbild. In Westafrika werden wiederum die anderen Teile der Welt intensiv wahrgenommen. Ein besonderer Ausblick bei den Philippinen zielt darauf, wie sich die herausgeberisch tätige „unabhängige Kirche“ (Iglesia Filipina Independiente) in internationalen Zeitschriften dargestellt hat. Bei allen Analysen spielt die Frage eine Rolle, ob sich die Periodika eher als reine Kirchenblätter verstanden oder die Herausgebergremien teils damit rechneten, das alleinige gedruckte Informationsmedium der Leserschaft zu sein.

Im Folgeteil (S. 225-260) werden diese Überlegungen erneut aufgenommen, indem sich Adrian Hermann und Klaus Koschorke fragen, wie sich „Paradigmen gegenseitiger Wahrnehmung“ (S. 241) im Zuge einer Entstehung einer transkontinentalen indigen-christlichen Öffentlichkeit feststellen lassen. Sie schließen mit dem idealtypischen Stufenmodell der Kontaktbildung, das in der Folge von Klaus Koschorke unter dem Schlagwort der „christlichen Internationalismen“ ausgeführt wird (S. 261-282).

Im abschließenden Teil (S. 283-365) wird in sechs englischsprachigen Aufsätzen deutlich, dass das Phänomen der indigen-christlichen Periodika keinesfalls auf die vier Beispielregionen beschränkt, sondern auch in zahlreichen anderen Weltgegenden anzutreffen ist. Forschungspraktische Fragen wie etwa Sprachbarrieren werden bei der Wahl der Schwerpunkte eine Rolle gespielt haben. Gleich beim ersten Aufsatz, zu Japan, wird dies an der von Mira Sonntag zitierten, umfangreichen „Collection of Modern Japanese Christian Periodicals“ deutlich (S. 285). Weitere ergänzende Regionen sind neben China noch Taiwan (spannenderweise vor und nach 1895), Korea, Liberia (mit zahlreichen Querverbindungen zur Region Westafrika insgesamt) und der „Christian Black Atlantic“. Unter diesem Schlagwort wird von Andrew E. Barnes vor allem „Ethiopianism“ in Südafrika und an der westafrikanischen Küste als „shared notion among peo-

ples of African descent that Africa's regeneration could/should be an outcome of African agency“ untersucht (S. 346). Mit dieser Auswahl an weiteren Gebieten kann auch die Frage gestellt werden, inwiefern es wichtig ist, ob es sich bei ihnen um Kolonien handelt. Es gibt viele mögliche Vergleichsebenen, da die Beispiele neben weiteren damaligen Kolonien auch unabhängige Länder umfassten (die im Falle Japans selbst zu Kolonialmächten wurden) und mit Liberia auch einen jungen Staat, der zumindest nominell unabhängig war.

Ein nicht zu vernachlässigter Widerschein des globalen Themas zeigt sich in der Autorenschaft: Die 13 Autorinnen und Autoren sind in fünf verschiedenen Staaten auf drei Kontinenten tätig. Eine gewichtige Ergänzung zum besprochenen Werk ist ein Quellenband, der für globalgeschichtliche Lektürekurse ein ideales Hilfsmittel ist (Klaus Koschorke, Adrian Hermann, Ciprian Burlacoiu, E. Phuti Mogase (Hg.), *Discourses of Indigenous Christian Elites in Colonial Societies in Asia and Africa around 1900. A Documentary Sourcebook from Selected Journals*, Wiesbaden 2016). Dem Quellenband und dem Sammelband sind in ihrer wegweisenden, globalen Erschließungstätigkeit zahlreiche Leserinnen und Leser zu wünschen.

Fabian Fechner

Pierre Clastres, Staatsfeinde. Studien zur politischen Anthropologie, Konstanz 2020. ISBN 978-3-8353-9121-5

„L'État c'est la division de la société entre ceux qui commandent et ceux qui obéissent.“ Nachzuweisen, dass es sich bei dieser Teilung der Gesellschaft keineswegs um eine „natürliche“ oder zwangsläufige Entwicklung handelt, erhob der französische Ethnologe Pierre Clastres (1934-1977) zu seinem Lebensthema. Seine empirischen Forschungen belegten, dass Gesellschaften in Südamerika und anderswo ihre herrschaftsfreien Strukturen trotz Eroberung, Unterwerfung, jahrhundertelanger kolonialer Herrschaft und Missionierung erhalten konnten. Heute, mehr als 40 Jahre nach dem Tod Clastres, könnte man angesichts des desaströsen Klimawandels dieser Feststellung auch die gelungenere Einbettung solcher Gesellschaften in ihre

natürliche Umgebung hinzufügen. Tatsächlich kann man sich fragen, ob solche Gesellschaften nicht erfolgreicher waren als viele der von uns so genannten Hochkulturen, die auf der von Clastres angesprochenen Teilung als ihrem Grundprinzip aufbauten.

Obwohl dies ein ethnologisches Buch ist, kann es in mehrfacher Hinsicht HistorikerInnen Reflexionsimpulse bieten, nicht nur, aber besonders denjenigen, die sich mit außereuropäischer Geschichte befassen. HistorikerInnen sind in ihren Perspektiven und Interessen auf Reiche oder Staaten ausgerichtet und übersehen allzu häufig, dass es noch heute eine beträchtliche Zahl von Gesellschaften gibt, die ohne staatliche und zentralisierte Institutionen auskommen. In den 1970er Jahren erregten staatenlose Gesellschaften das Interesse einiger deutscher Ethnologen, etwa bei Christian Sigrist, Fritz Kramer und Hans Peter Duerr, die dazu auch publizierten.

Pierre Clastres, der eine Zeitlang wissenschaftlicher Mitarbeiter von Claude Lévi-Strauss war, entwickelte sich aber im Gegensatz zu diesem zum Exponenten einer politischen Anthropologie aus einer dezidiert anarchistischen Perspektive. Der im Alter von nur 43 Jahren 1977 bei einem Autounfall verstorbene Clastres hat deswegen kein umfangreiches Werk hinterlassen. Die hier vorliegende Aufsatzsammlung hat Clastres selbst 1974 unter dem Titel „La société contre l'État“ veröffentlicht, sie ist nun in einer Neuübersetzung und mit einem umfangreichen und lesenswerten Nachwort von Andreas Gehrlach und Morten Paul versehen neu herausgekommen.

Der Band enthält 11 Aufsätze Clastres von verschiedener Länge, die fast alle empirisch auf seiner Feldforschung in Südamerika, insbesondere in Paraguay und Brasilien, aufbauen. Doch nimmt Clastres diese Beispiele als Ausgangspunkte, um daraus Bausteine für eine allgemeine politische Anthropologie zu entwickeln, in deren Zentrum die Mechanismen stehen, die die Entstehung von Herrschaftsstrukturen und politischer Zentralisierung verhindern.

Dabei räumt er auch mit einigen in der Literatur verbreiteten Mythen auf, etwa der angeblich dünnen Besiedlung des vorkolumbianischen Regenwaldgebietes. Dies ist Clastres wichtig, weil er die Annahme zurückweist, Staatenlosigkeit wäre nur etwas für kleine, eben „primitive“ Gesellschaften, während demographisches Wachstum

zwangsläufig zur Ausbildung staatlicher Strukturen führen müsse. Die treffendsten Beispiele aus der jüngeren Geschichte würde man dafür aber in anderen Teilen der Welt finden, etwa bei den mehr als 30 Millionen Igbo in Nigeria, den großen Völkern des Südsudan oder den Somalis.

Clastres theoretische Überlegungen richten sich nicht allein auf die Gesellschaften Südamerikas selbst, sondern auf das Bild, das sich die Europäer von ihnen machten. Dabei lebte er noch vor der Zeit, wo es vor allem um politisch korrekte Sprachregelungen ging, in denen sich die heutigen Postcolonial Studies nur zu oft erschöpfen, sondern er untersuchte das Verhältnis von Lebensweise und Staatlichkeit. Darum attackiert er mit besonderer Schärfe den Begriff der Subsistenzwirtschaft, den er völlig ablehnt. Denn Subsistenzwirtschaft meint eigentlich Mangelwirtschaft, das Leben von der Hand in den Mund, ohne Vorratshaltung, die angesichts der primitiven Bewirtschaftungsmethoden angeblich gar nicht stattfinden kann. Dagegen verweist Clastres auf eine Erkenntnis, die sich in der Zwischenzeit in der Forschung zu sog. Wildbeutekulturen (Jägern und Sammlerinnen) weitgehend durchgesetzt hat, die aber zu seiner Zeit durchaus noch neu war, dass es sich nämlich nicht um Mangel- sondern Überflussgesellschaften handelte. Im Fall von bäuerlichen Gesellschaften widerlegen allein die allerorten sichtbaren Speicher und Techniken, Lebensmittel haltbar zu machen, die Behauptung, diese Menschen hätten stets am Rand des Existenzminimums gelebt. Sie konnten relativ mühelos das erwirtschaften, was sie zum Leben benötigten, aber weil sie sich außerhalb des Kreislaufs der künstlich erzeugten materiellen Bedürfnisse befanden, waren sie keine Gesellschaften, für die Wirtschaftswachstum irgendeine Bedeutung hatte.

Clastres von Ablehnung geprägte, aber intensive Auseinandersetzung mit dem Marxismus hinterließ ihre Spuren, denn die Zurückweisung marxistischer Geschichtsbilder war durchaus produktiv. So hat sein Anarchismus eine antikapitalistische Stoßrichtung, er knüpft gewissermaßen bei Kropotkin an. Clastres betont, dass die indigene Bevölkerung Amerikas auf die Waren, die sie seit dem 16. Jahrhundert von den Europäern einhandelten, nicht reagierten, wie man vom „homo oeconomicus“ erwarten würde. Sie ließen sich nicht, wie

etwa Eric Wolf in seinem Buch „Völker ohne Geschichte“ befand, in eine kapitalistische Wirtschaft hineinziehen, indem sie daran partizipierten und Marktchancen nutzten. Vielmehr bedienten sie sich der von den Europäern eingehandelten eisernen Werkzeuge, um die gleichen Arbeiten schneller zu erledigen, wodurch sie Zeit für sich selbst und das, was ihnen im Leben wichtig war, gewannen, statt, wie viele Wissenschaftler behaupteten, in derselben Zeit mehr zu produzieren. Die Kultur der Indianer war erfolgreich immunisiert nicht nur gegen Herrschaft, sondern auch gegen den Kapitalismus. Es gab so etwas wie eine tief verwurzelte rein instrumentelle Haltung zur Wirtschaft, während der Westen die Ökonomie fetischisierte.

Clastres kommt zu überraschenden Befunden, etwa was die Erklärung der Machtlosigkeit der Chiefs in Südamerika betrifft. Denn sie sind nicht nur große Redner, sondern sie sind geradezu verpflichtet, Reden zu halten. Doch gewinnen sie dadurch keinen zusätzlichen Einfluss, sondern eher im Gegenteil verlieren sie ihn. Sie werden auf das Redenführen reduziert, große Rhetoriker können durch ihre Kunst aber keine Macht generieren. Daneben untersucht Clastres anhand trivial erscheinender Alltagsaspekte Tiefenstrukturen der Gesellschaften. Der Aufsatz über Bogen und Korb ist ein frühes Beispiel für die Analyse von Gender; die Studie, worüber Indianer lachen, arbeitet heraus, wie sich im Gelächter die Abwehr von Macht und Herrschaftsambitionen äußert.

In dem Text „Propheten im Dschungel“ über groß angelegte Märsche durch den Wald bis zur Ostküste Amerikas weist Clastres darauf hin, dass es nicht die Chiefs sind, deren Stellung sich zu einem Wachstumspunkt der Macht entwickeln kann, sondern vielmehr die Propheten, was durchaus einleuchtet, da sie in Zeiten besonderer Umbrüche auftreten und darum sozial innovativ wirken können.

Auch wenn Clastres Buch von seiner ganzen Forschungsmethodik und den Interpretationsmustern, in denen er sich bewegt, ein ethnologisches Werk ist, eröffnet es wichtige Perspektiven für HistorikerInnen, beschreibt es doch Gesellschaften, die einen erheblichen, wenn auch wenig dokumentierten Teil der Menschheitsgeschichte ausmachen. Da etliche staatenlose Gesellschaften in ihren Grundlagen die Kolonialzeit und die postkoloniale Staatlichkeit überlebt haben, wird

deutlich, dass sie über ausgesprochen flexible und überlebensfähige Strukturen verfügen. Man kann sogar sagen, sie sind aufgrund ihrer langen Stabilität erfolgreicher als die staatlich organisierten Gesellschaften, die meist im Zentrum der Forschung stehen. Darum zeigt sich, wie sehr Begriffe wie „Staatszerfall“ nicht nur eurozentrisch sind, sondern wie sehr PolitikwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen die Welt durch die Augen des Leviathan betrachten.

Obwohl manche Erkenntnisse Clastres, z.B. dass Macht immer auf Zwang und Gewalt aufbaut, mittlerweile zum etablierten Wissen gehören, andere Fragestellungen überholt sein mögen, so bieten diese Aufsätze genug anregende Analysen und Erkenntnisse, dass sich ihre Lektüre allemal lohnt. Durch seine ungewohnten Fragestellungen und Perspektiven kann Clastres auch heute noch die Forschung inspirieren.

Christoph Marx

Dietmar Rothermund, The Industrialization of India, Baden-Baden 2019. ISBN 978-3-8487-6274-3

Unerwartet, aber auf gewisse Weise mit guter Berechtigung ist dieser kleine Band zum Abschluss eines Lebenswerkes geworden. Für Dietmar Rothermund war die Wirtschaft Indiens und ihre Geschichte immer selbstverständlicher Teil eines größeren Ganzen und zugleich auch besonderes Interessensgebiet, dem er sich über Jahrzehnte hinweg in einer Vielzahl von Publikationen widmete. Der Band geht zurück auf einen 2005 veröffentlichten Handbuch-Beitrag, der für die aktuelle Publikation nochmals geringfügig überarbeitet wurde.

Die insgesamt zehn, weitgehend chronologisch geordneten Kapitel enthalten einen Abriss der indischen Wirtschaftsgeschichte vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. „Wirtschaft“ und „Industrie“ sind dabei relativ weit gefasst und schließen eigentlich alles außer der Landwirtschaft mit ein. Einzig die Nahrungsmittelindustrie scheint etwas vernachlässigt.

Das erste Kapitel schildert den Zusammenprall einer gut entwickelten indischen Textilindustrie mit der britischen Textilproduktion

zu Beginn und während der industriellen Revolution, was von Gedanken zum Problem der „De-Industrialisierung Indiens“ begleitet wird. Der eigentliche Beginn der Industrialisierung Indiens wird in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts verortet (Kap. 2); hier spielen dann erstmals Vertreter der Wirtschaftsdynastien Indiens wie den Tatas eine Rolle. Weitergehende Industrialisierung nach dem 1. Weltkrieg war durch Importsubstitution und Protektionismus geprägt (Kap. 3), wurde aber durch die Weltwirtschaftskrise wieder zurückgeworfen. Anders als sein Vorgänger war der 2. Weltkrieg ein Katalysator für den Aufbau neuer Industrien, etwa im Bereich der Stahlerzeugung und Metallverarbeitung (Kap. 4).

Zugleich legten diese Jahre einen Grundstein für die planwirtschaftliche Industrialisierung des unabhängigen Indien unter Nehru (Kap. 5). Die Finanzierung erfolgte aus dem gewaltigen Guthaben, das Indien mit seinem Beitrag zu den alliierten Kriegsanstrengungen bei der Bank of England erwirtschaftet hatte. Allerdings waren die Mittel dann doch nicht ausreichend, um Indien wie vorgesehen in eine echte Industrienation zu verwandeln. Nehru selbst erlebte die Krise seiner Wirtschaftsplanung aber nicht mehr, die 1965 mit dem Aussetzen des Dritten Fünfjahres-Planes endete. Die Jahre bis 1980 waren dann – neben allen politischen Verwerfungen – von wirtschaftlicher Stagnation gekennzeichnet (Kap. 6). Dass es im folgenden Jahrzehnt trotz weitergehender Planwirtschaft zu einer leichten Verbesserung der Situation kam, war zum einen der vorsichtigen Lockerung des Außenhandels zu verdanken und zum andern einer zunehmenden Initiative indischer Unternehmer, die in neue Industriezweige wie etwa die Pharmaindustrie investierten (Kap. 7). Am Rande sei hier angemerkt, dass das kleine Stahlwerk Ispat zwar erwähnt wird (S. 109), jedoch ohne den Hinweis darauf, dass es das „Stammhaus“ der Familie Mittal war – eine Name, mit dem sich heute einer der größten Stahlkonzerne der Welt verbindet.

Die 1991 eingeführten Wirtschaftsreformen, die eine weitgehende Abkehr von der Planwirtschaft und eine daraus folgende Liberalisierung von Produktion und Handel mit sich brachten, stehen im Mittelpunkt des 8. Kapitels. Auch sie waren bereits Gegenstand einer Monographie des Autors, so dass auch dieses große Kapitel der

indischen Wirtschaftsgeschichte in knappen Grundzügen geschildert werden kann. Ein kurzer Überblick über den Aufstieg der indischen IT-Industrie schließt sich an. Ein langes Kapitel am Schluss des Bandes versucht dann, die Position der indischen Wirtschaft im 21. Jahrhundert zu beschreiben, wobei auch infrastrukturelle Probleme des Landes angesprochen werden. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hatte der Autor von Indien als einem *rising giant* gesprochen, und dieses Fazit wird hier erneut untermauert.

Wie es der Titel erwarten lässt, bietet der Band eine knappe und faktenreiche Verlaufsgeschichte der Industrialisierung Indiens seit dem 18. Jahrhundert. Weitergehende und spannende Gesichtspunkte, etwa zum Verhältnis von Politik und wirtschaftlicher Entwicklung oder von Landwirtschaft und Industrie, werden mit eingeblendet, aber selten näher beleuchtet. Auch zu den historiographischen Debatten – etwa die schon genannte Kontroverse um die De-Industrialisierung Indiens, die ja inzwischen in der globalgeschichtlichen Debatte um die *great divergence* aufgegangen ist – hätte man sich hin und wieder eine Referenz erhofft. So ist der Band eine gut strukturierte und detaillierte Einführung in das Thema, der auch in der Lehre als verständliche Übersicht zur Orientierung eingesetzt werden kann.

Tilman Frasch

*Alastair Gornall, Rewriting Buddhism. Pali Literature and Monastic Reform in Sri Lanka, 1157-1270, London 2020.
ISBN 978-1-78735-516-3*

Die Erforschung der frühen Geschichte Sri Lankas ruht im Wesentlichen auf zwei Säulen: den archäologischen Ausgrabungen und den Chroniken der Insel, also dem Mahavamsa und dessen als Culavamsa bekannter Fortsetzung. Von Mönchen verfasst, prägten die Chroniken gerade auch unser Verständnis vom Theravada-Buddhismus als Institution und religiöse Praxis, die sich als orthodoxes, dogmatisch kohärentes und volksnahes System darstellte. Ein Ausdruck dieses Beharrungsvermögens war die um 1165 durchgeführte Reform des Mönchsordens, der die drei Hauptrichtungen des Sangha wieder zu

einer einheitlichen Organisation machte. Diese Reform diente Gornall als Ausgangspunkt für eine Untersuchung der Pali-Literatur, die im Zeitraum von etwa 100 Jahren nach der Reform entstanden ist. Die Einbettung dieser intellektuellen Produktion in ihren politischen Kontext verleiht der Untersuchung dabei eine über die Buddhismuskunde bzw. Religionswissenschaft hinausgehende Bedeutung.

Im ersten Kapitel legt Gornall die Grundlagen seiner Untersuchung dar. Der Zeitraum war geprägt von politischen Wirren – im Grunde handelte es sich um eine permanente Krise, in der regionale Abgrenzungen, Thronfolgekämpfe und Einfälle indischer und anderer Invasoren einander ablösten – und fand ein Ende mit der Aufgabe der alten Hauptstädte im Norden der Insel am Ende der 13. Jahrhunderts. Unter diesen schwierigen Umständen fanden Herrscher und Sangha im Versuch zueinander, den Zerfall und Niedergang durch Rückgriffe auf die Vergangenheit aufzuhalten: Die Reform von 1165 (sowie die nachfolgenden und wenigen bekannten Konzile des 13. Jahrhunderts) waren ein solcher Versuch; ebenso muss der Rückgriff auf die kanonische Sprache Pali in diesem Licht gesehen werden. Trotz der scheinbaren Übereinstimmung der Interessen widerspricht Gornall aber der These, Herrscher und Sangha hätten in einer Symbiose zueinandergestanden, und schlägt stattdessen vor, von einer *hierarchy of compound kingship* zu sprechen (S. 12-13).

Gegliedert ist der Band in drei Hauptteile, die unter die Themen „Chaos“, „Ordnung“ und „Emotionen“ jeweils zwei oder drei Kapitel verklammern. Das erste Kapitel beschreibt die Situation vor 1165, die wegen der langen Fremdherrschaft im 11. Jahrhundert und den nachfolgenden politischen Verwerfungen als chaotisch gesehen werden kann. Anhand der im darauffolgenden Kapitel behandelten Reform von 1165 entwickelt Gornall dann allgemeine Überlegungen zu den Kennzeichen und Implikationen einer solchen „Reinigung“ (dies ist der regelmäßig verwendete *terminus technicus*) des Ordens in den Bereichen Ordinationstraditionen, Doktrin, Sprache und Ausbreitung. Er hinterfragt dabei einige weitgehend akzeptierte Konzepte wie Collins' *Pali imaginaire* und die Rolle des Pali bei der Ausbreitung des Theravada nach Südostasien. Genauso bedeutsam scheint aber auch Gornalls Auslassung wirtschaftlicher Konsequenzen

zen, also die Enteignung nicht-reformierter Mönche oder Klöster, die für Sangha-Reformen in Myanmar als grundlegend erachtet worden sind.

Der „Ordnung“ überschriebene Teil setzt mit einer Untersuchung der Pali-Grammatik des Mönches Moggalana ein. Zentrale Feststellung Gornalls ist hier, dass Grammatiken jene Reinheit der Sprache begründen, ohne die das rechte Verständnis der Texte und damit die Reinheit der Lehre an sich undenkbar ist. In gleicher Weise dienen Kommentare und Handbücher zu den kanonischen Texten, aufgezeigt am Beispiel der Werke Sumangalas, dazu, die Grundlagen der Lehre zu verdeutlichen und den Mönchen leichter verständlich zu machen. Zurecht weist Gornall darauf hin, dass diese innovative, sprachphilosophische Herangehensweise an den Kanon eine neue buddhistische Scholastik begründete. Das dritte Beispiel in diesem Teil sind Enzyklopädien wie Siddhatthas *Sarasangaha*, die zentrale Kategorien bzw. die Essenz der Lehre auf den Punkt bringen, zugleich aber auch einen neuen Fokus auf Leben und Handeln in der Welt (statt für eine zukünftige Existenz) legen. Wenig überraschend spielen Reliquienkulte dabei eine wichtige Rolle, war doch die Zahnreliquie seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert zum wichtigsten religiös-politischen Palladium des srilankischen Staates geworden.

Der letzte Teil stellt den emotionalen Haushalt der literarischen Werke in den Vordergrund. Am leichtesten sichtbar wird dies in der Poetik des Mönches Sangharakkhita, die auf Hingabe und Erbauung angelegt ist (Kap. 7). Ebenso eindeutig gehören die Chroniken wie Dhammakittis Chronik der Zahnreliquie (*Dathavamsa*) in diese Gruppe, deren Verse immer wieder an den „serene joy and emotion“ des Lesers bzw. Zuhörers appellieren. Allerdings ist es merkwürdig, dass sich Gornall auf den *Dathavamsa* beschränkt, hingegen den *Culavamsa* nicht einmal erwähnt, obwohl dieses Werk in seinem Untersuchungszeitraum mit ziemlicher Sicherheit fortgeschrieben worden ist. Die Biographien beider Parakkama Bahus (I. und II.), die 1153-86 und 1236-72 regierten, dürften zeitgenössisch sein. Den Abschluss dieses Teils bildet eine Analyse der Buddhabiographie Buddharakkhitas, die einerseits wieder Züge der bereits geschilderten Devotional-Literatur besitzt, andererseits aber auch einen politischen An-

spruch formuliert, demgemäß sich der Herrschaftsanspruch Buddhas auf den gesamten Erdkreis bezieht. Ein König, wie groß sein Reich auch sein mag, ist immer und genauso Untertan dieses Oberherrn, wie es die Mönche sind.

Gornall hat in seiner Studie erstmals und systematisch die gesamte literarische Produktion einer entscheidenden Phase der srilankisch-buddhistischen Geschichte analysiert und in einen größeren Zusammenhang gestellt. Die untersuchten Texte stellen eine neue Gruppe von Quellen für diese Zeit bereit; zugleich weist er nach, dass sich Theravada-Buddhismus und Pali-Sprache nicht, wie von der Forschung oft unterstellt, im Rahmen ihrer politischen Kontexte veränderten und weiterentwickelten. Andere wichtige Erkenntnisse und Thesen Gornalls betreffen den Charakter von Sangha-Reformen, das Verhältnis zwischen Staat/Herrscher und Religion/Sangha oder auch den dominanten Einfluss indischer Kultur auf Sri Lanka, vor allem im Hinblick auf das Sanskrit, an dessen Struktur und Form sich die von Gornall untersuchten Pali-Texte orientierten.

Dieses intensive Verhältnis zwischen der Insel und dem Festland, das Gornall für seinen Untersuchungsgegenstand nachweist, wirft daneben die Frage nach dem Verhältnis Sri Lankas zu Südostasien auf, wo der Theravada im 12. und 13. Jahrhundert zur Volksreligion aufstieg. Die Stellung der Insel in dieser praktisch gleichzeitig entstehenden Pali-Ökumene lässt Gornall weitgehend offen, weil sich auch seine Texte darüber ausschweigen. Umgekehrt sind aber die Zeugnisse aus Südostasien voller Referenzen und Hinweise auf einen sehr engen Austausch zwischen den beiden Regionen, was nicht zuletzt die Forschungen des Rezensenten wiederholt nachgewiesen haben. Diese Diskrepanz ist schwer zu erklären und bedarf weiterer Nachforschung. Gornalls gedankenreiche und gründliche Studie trägt auch zu diesem Komplex neues Material und grundlegende Fragestellungen bei.

Tilman Frasch

Maria Dörnemann, Plan your Family – Plan your Nation. Bevölkerungspolitik als internationales Entwicklungshandeln in Kenia, 1932-1993, Berlin 2019. ISBN 978-3-11-061434-3

Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsplanung hatten über Jahrzehnte große Bedeutung in der internationalen Entwicklungsförderung und in modernisierungstheoretischen Debatten sowie darauf bezogenen Forschungen. Bereits während der Kolonialzeit im 20. Jahrhundert wurde ihnen ein hoher Stellenwert beigemessen. Die vorliegende fundierte Untersuchung der Tübinger Historikerin Maria Dörnemann analysiert diese Ausrichtung am Beispiel Kenias, einer früheren britischen Siedlerkolonie in Ostafrika, die 1963 unabhängig wurde. Basierend auf umfangreichen Recherchen in den Nationalarchiven Kenias und Großbritanniens sowie in den Archiven der Weltbank, der Ford Foundation und der Rockefeller Foundation in den USA kann sie detailliert aufzeigen, wie internationale und nationale Interessen verwoben waren. Über die umfangreichen Archivmaterialien hinaus zieht die Autorin zahlreiche themenrelevante Veröffentlichungen zu Rate, die ihre interdisziplinäre Perspektive belegen. So hat sie eine inhaltlich facettenreiche und gleichzeitig akribisch recherchierte Studie verfasst, mit der sie 2017 an der Universität Tübingen promovierte. Das vorliegende Buch ist die veröffentlichte Version der Dissertation.

Sinnvoll ist der Untersuchungszeitraum zwischen den 1930er und 1990er Jahren gewählt, damit vermeidet die Historikerin eine enge zeitliche Beschränkung, etwa auf die Phase kurz vor oder nach der politischen Unabhängigkeit. Das Buch ist in drei Kapitel eingeteilt, die von einer Einleitung und einem Schlußwort umrahmt werden. Es ist chronologisch aufgebaut, zudem sind die Kapitel thematisch geordnet. Schwerpunkte liegen auf der politischen Planungsebene und der damit verbundenen Programmatik. Leserfreundlich sind das ausführliche Register und eine beachtliche Literaturliste.

Konzeptionell nimmt die Verfasserin auf die Verflechtungsgeschichte Bezug, sie interessieren vor allem die Wechselwirkungen zwischen internationaler und nationaler Ebene sowie den jeweiligen Akteuren. Dabei konzentriert sich Dörnemann einerseits auf Demographen und internationale Berater, wobei sie personelle Kontinuitäten

aus dem britischen Kolonialdienst nachweisen kann. Andererseits erläutert sie die Interessen kenianischer Politiker, Ökonomen und einzelner Gesundheitsexperten. So möchte die Autorin die Bewohner Kenias als Handelnde mit eigenen Zielen und Interessen darstellen. Der Blick auf lokale Akteure und Akteurskonstellationen bleibt auf elitäre Kreise konzentriert, die Berücksichtigung möglicher anderer Personengruppen in Kenia hätte vermutlich den Rahmen einer Dissertation überspannt.

Diese Studie, die am Beispiel bevölkerungspolitischer Ansätze einen Beitrag zur historischen Untersuchung internationaler Entwicklungspolitik leisten will, ergründet die Wirkmacht von Erklärungsmodellen und Planungskonzepten sowie Interessen und Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Akteuren, die internationale bzw. nationale Institutionen, Organisationen oder Stiftungen vertreten. Darüber hinaus wird klar: Es ist viel Geld im Spiel, denn für bevölkerungspolitische Maßnahmen schütteten multi- und bilaterale Geber jahrelang ihr Füllhorn aus, zudem öffnete die Durchführung solcher Programme der kenianischen Regierung im Fall der Weltbank den Zugang zu noch umfangreicheren Fördermitteln. Mit der Konzentration auf Bevölkerungspolitik, entsprechenden Forschungen und Planungen sowie deren Umsetzung beleuchtet die Historikerin eine Schnittstelle zwischen internationaler Politik und staatlichem Handeln. Diesbezüglich fragt sie danach, welche Vorstellungen von Bevölkerung Demographen, Mitarbeiter von Organisationen und Politiker für ihre Arbeit und Forderungen zugrunde legten und inwieweit beispielsweise nationalistische Kriterien und rassistische oder eurozentrische Vorurteile dabei eine Rolle spielten.

Das erste Kapitel des Buches ergründet kolonialpolitische Bevölkerungsvorstellungen und darauf basierende Vorgehensweisen. Im Zentrum der britischen Siedlerkolonie Kenia, die 1929 aus einem Protektorat hervorgegangen war, standen Landrechte und Landnutzung. Basierend auf einem Landgesetz von 1902 und der Vorstellung, das kenianische Hochland sei ungenutzt gewesen, erhielt jeder Siedler umfangreiche Ländereien und Weideflächen. Zeitgleich wurden Afrikaner in Reservate mit minderwertigen Böden umgesiedelt, dennoch mussten sie so genannte Hütten- und Kopfsteuern zahlen.

Das Zählen der „Hütten“ und deren Bewohner durch neu eingesetzte Chiefs, die weißen Kolonialbeamten auf Distriktebene unterstanden, diente zum Steuereintreiben – mit nachhaltig negativer Wirkung für spätere Volkszählungen. Unbeachtet blieben Epidemien, die zuvor zur Entvölkerung ganzer Gebiete geführt hatten. Zunächst gingen britische Planer von einem Mangel an schwarzen Arbeitskräften aus, die aber für eine prosperierende Kolonie notwendig gewesen wären. Erst im Zuge der Weltwirtschaftskrise schlug diese Einschätzung in Überbevölkerung als Problem um.

Dörnemann stellt immer wieder aufschlussreiche Bezüge zur internationalen Ebene her, denn auch auf der Weltbevölkerungskonferenz 1927 in Genf wurde der neo-malthusianische Ansatz von einer Beschränkung des Bevölkerungswachstums diskutiert, wobei staatliche Geburtenkontrolle das Verhältnis zwischen Bevölkerung, Ernährung und zur Verfügung stehendem Raum regeln sollte.

Während der 1930er Jahre ergriff die britische Kolonialregierung erste Maßnahmen, um dem Bevölkerungswachstum Einhalt zu gebieten. Angesichts der Entschädigungsforderungen vertriebener Kikuyu, die unter den steigenden Steuerforderungen im Kontext der Weltwirtschaftskrise litten, wurde eine Landkommission eingerichtet, um die vorausgegangenen Landenteignungen zu untersuchen. Diese Kommission, in der nur weiße Männer vertreten waren, bestätigte die Interessen der Siedler. Die Probleme in den Reservaten seien durch falsche Landnutzungsmethoden entstanden, hieß es; folglich sollten technische Lösungen Abhilfe schaffen.

Das Colonial Advisory Medical Committee verfasste Positionspapiere zur Gesundheitsversorgung und Reduzierung der Sterblichkeits- bzw. Geburtenrate. Auch Fragen zur Wirtschaftsentwicklung der Afrikaner wurden erörtert. Ab den 1940er Jahren wurde das demographische Transitionsmodell diskutiert. Volkszählungen fanden 1948 und 1962 statt, wobei die erstgenannte mangels finanzieller Mittel nur unzureichend ausgewertet wurde, wie Dörnemann dokumentiert. Man wusste weiterhin nicht, ob die kenianische Bevölkerung schrumpfte oder wuchs. Im Colonial Office arbeiteten verschiedene Abteilungen mit eigenen Agenden und bürokratischen Parallelstrukturen, dies beeinträchtigte deren Kooperation und Effizienz. Eine

neu eingesetzte Kommission zu Land und Bevölkerung empfahl, die Siedler in Kenia sollten Land an die Kikuyu verpachten und die Landwirtschaft modernisieren. Doch die politisch einflussreichen Siedler lehnten solche Vorschläge ab. Nach dem so genannten Mau Mau-Aufstand bzw. Krieg in den 1950er Jahren verbesserte sich die Problemlage der meisten Kikuyu nicht wirklich.

Das zweite Kapitel widmet sich modernisierungspolitischen Zielen von Bevölkerungspolitik. Übersichtlich werden internationale Kontexte und Debatten sowie Trends in den USA vorgestellt, die ab Mitte der 1960er Jahre als Geber für Bevölkerungsprogramme in Kenia auftraten. Nach der politischen Unabhängigkeit 1962 wurde der Ökonom Tom Mboya für das neu eingerichtete Ministerium für Wirtschaftsplanung und Entwicklung zuständig. Er maß dem Rückgang des Bevölkerungswachstums Bedeutung bei, um negative Folgen für das Wirtschaftswachstum zu verhindern. Als Berater baute er auf US-amerikanische Experten vom dortigen Population Council; sie setzten auf technische Problemlösungen und Modernisierungsimpulse von außen. Dabei ignorierten sie das koloniale Erbe Kenias. Mboya wurde 1969 umgebracht; beim Weltgesundheitskongress 1967 hatte er noch erklärt, es gehe um die Abstände zwischen den Geburten und die Gesundheit von Müttern und Kindern. Bevölkerungsthemen waren wieder dem Gesundheitsministerium zugeordnet worden.

Anschaulich erläutert Dörnemann dessen institutionelle, personelle und politische Interessenlagen und Beschränkungen. Zwar trat die Ford Foundation hier als Geber in Erscheinung, die Verantwortlichen hegten jedoch Zweifel, inwieweit die kenianische Regierung wirklich die beantragten Familienplanungsprogramme umsetzen wollte. Die Planer beklagten den mangelnden institutionellen Rückhalt, zudem fehlte es an kenianischem Personal.

Familienplanung blieb politisch und gesellschaftlich umstritten. Ein nationaler Familienplanungsrat, der koordinierende Aufgaben haben sollte, existierte nur kurzzeitig. Kenianische Experten legten mehr Wert auf den notwendigen Ausbau des Gesundheitswesens. Familienplanungsprogramme galten als Instrument, um internationale Gelder in größerem Stil zu akquirieren; das zeigten strategische Vorgehensweisen kenianischer Politiker. Während einer Cholera-Epide-

mie Anfang der 1970er Jahren wurden sogar Gelder entsprechend umgewidmet. Die Autorin weist darauf hin, dass die Regierung angesichts der ablehnenden Haltung in der Bevölkerung zögerlich war, Familienplanung strikt durchzusetzen. Sie dokumentiert: Es wurde direkter Widerstand gegen die Regierung befürchtet. Deshalb setzte diese auf Freiwilligkeit und betonte den Einklang mit der Religion.

Während der 1970er Jahre bahnten sich Zweifel an, ob Familienplanung als Modernisierungsbeschleuniger geeignet sei; dem widmet sich das dritte Kapitel. Die Weltbank unter Robert McNamara setzte auf wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme, Dezentralisierung und eine Grundbedürfnisstrategie für ländliche Räume. Darin wurde nun auch in Kenia Familienplanung integriert. Dementsprechend richtete die Ford Foundation ihren Fokus auf ländliche Entwicklung.

Für Beratungen zur Familienplanung fehlten weiterhin kenianische Fachleute, die bereit waren, diese Aufgaben zu übernehmen; entsprechend ineffektiv blieben die Vorhaben. Evaluierungen der ländlichen Entwicklungsförderung bescheinigten den Programmen insgesamt geringe Erfolge.

Kenianische Politiker monierten: Mangelnde Entwicklungsgelder seien die Ursache für scheiternde Pläne und Projekte, nicht Fehler im eigenen Regierungshandeln. Die Historikerin erklärt den Kontext: Die multilaterale Mittelvergabe war in der Zeit weiterhin konditional. Das hieß: Entwicklungsgelder waren an Bevölkerungspolitik gebunden. Doch aufgrund der negativen Auswirkungen des Ölpreisanstiegs kamen Geberländer ihren Verpflichtungen nicht nach. Während der Bevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 prangerten Regierungsvertreter aus inzwischen unabhängig gewordenen Ländern globale Ungleichheiten als Problemursache an.

Ein 1979 durchgeführter Zensus zog das Fazit, die Bevölkerung sei weiter gestiegen. Allerdings gaben Experten zu bedenken, man wisse eigentlich zu wenig, wie Paare bzw. Frauen über ihre Fruchtbarkeit entscheiden. Kulturelle Hintergründe erhielten Beachtung, als in den 1980er Jahren die Ford Foundation Theatergruppen förderte, die Entscheidungen der lokalen Bevölkerung im Zusammenhang von Familienplanung beeinflussen sollten. Doch in den Folgejahren

wusste man auch weiter nicht viel über die Handlungsrationitäten: War die geringere Kinderzahl arbeitender Stadtbewohnerinnen Ausdruck von Modernisierungserfolgen oder Resultat von Verarmung in Folge der drastischen Subventionseinsparungen des Staates und der Verschlechterungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen?

Die lesenswerte und fundierte Publikation von Dörnemann erläutert anschaulich die Grundprobleme von (Nicht)Wissen, Prämissen und Planungen sowie deren Scheitern. Gerade durch die Auseinandersetzung mit dem Spannungsverhältnis zwischen nationalen und internationalen Akteuren und Interessenvertretern wird die Komplexität von Bevölkerungspolitik deutlich. Das Buch bietet viele Diskussionsimpulse für Historiker, Ethnologen, Politikwissenschaftler und Praktiker, denn Familienplanung ist im Kontext von Public Health, HIV/AIDS-Programmen und reproduktiven Rechten nicht nur in Kenia weiterhin umstritten. Manche werden sich vermutlich fragen, welchen Erkenntnisgewinn die vorliegende Historisierung unter Berücksichtigung postkolonialer Gender-Perspektiven gehabt hätte.

Rita Schäfer

Mari K. Webel, The Politics of Disease Control: Sleeping Sickness in Eastern Africa, Athens 2019. ISBN 978-0-8214-2400-1

Wie gehen Gesellschaften mit Krankheit um? Welche Therapien werden wann und von wem angewandt? Wie werden Krankheiten kontrolliert? Welche präventiven Maßnahmen werden aus welcher Motivation heraus für notwendig erachtet und gefördert? Welche unterschiedlichen Faktoren und Bereiche greifen ineinander und was gilt es zu berücksichtigen, um der Komplexität politischer Entscheidungsprozesse, kultureller und sozialer Praktiken sowie wirtschaftlicher Bedingungen im Zusammenhang mit Krankheiten in einer Analyse gerecht zu werden?

Den hier zunächst allgemein formulierten Fragen stellt sich Mari K. Webel in ihrer Untersuchung am Beispiel der afrikanischen Schlafkrankheit, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts in ostafrikanischen Gesellschaften mit bisweilen dramatischen Folgen ausgebreitet hatte.

Der geographische Fokus Webels liegt auf dem Gebiet der Großen Seen, genauer auf einzelnen Gesellschaften und Gemeinschaften im heutigen Burundi, Uganda und Tansania. Anhand von drei Fallstudien, die jeweils unterschiedliche Regionen in den genannten Ländern repräsentieren, zeigt Webel den Umgang mit der Schlafkrankheit (sleeping sickness/human African trypanosomiasis). Diese erlangte damals in mehreren Wellen eine derart weite Verbreitung und hohe Sterberate, dass sie in Form von Epidemien in die Geschichte einging.

Die Schlafkrankheit, die über die Tsetse Fliege als Vektor, also Überträger der Erreger, der Trypanosomen, weitergegeben wurde, war dabei nur einer von mehreren Faktoren, der um 1900 die Bewohner*innen des Zwischenseegebiets herausforderte. Wie die Autorin hervorhebt, gehörten dazu zunächst politische Veränderungen, ausdrücklich der wachsende Einfluss von miteinander konkurrierenden Königreichen, aber ebenso der ökonomische Wandel, der v.a. durch den florierenden Fernhandel der Karawanen swahili-arabischer Händler zunahm. Nicht alle Gesellschaften partizipierten gleichermaßen an den weitreichenden Handelsbeziehungen, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts herausbildeten oder waren auf gleiche Weise von damaligen politischen Änderungen betroffen. Auch gab es Unterschiede im Hinblick auf kulturelle Veränderungen. Als Beispiel lassen sich Missionen anführen, die ab Mitte des 19. Jahrhunderts damit begonnen hatten, sich in der Region niederzulassen und deren gesellschaftlicher Einfluss stetig wuchs. In dem von Webel untersuchten Gebiet waren sie bald nach den ersten Händlern aus der Küstenregion erschienen und bauten alsdann beharrlich ein Netz von Missionsstationen auf. Den Mittelsmännern und -frauen des Christentums, die mit den Stationen letztlich Orte schufen, die als „Sprungbretter“ für spätere Forschung in tropischer Medizin fungieren konnten, folgten Vertreter*innen europäischer Regierungen. Weit weniger spirituell erhoben sie ganz ausdrücklich auch territoriale Ansprüche. Außerdem zogen sie Kartographen an, die das Gebiet entsprechend der genannten Ambitionen auf Land und Ressourcen und entlang der in und von Europa festgelegten Grenzen aufnahmen. Eine zunehmende Mobilität, aber ebenso durch Kriege verursachte Vertreibung, einhergehend mit Dürreperioden, Hungersnöten und der Ausbreitung von Seuchen, wie

der Rinderpest, neben anderen Krankheiten, führte ganz generell zu einer Schwächung der Gesellschaften und ebnete letztlich den Weg für die Ausbreitung der Schlafkrankheit in epidemischem Ausmaß. (S. 21-28)

Tatsächlich gibt es umfangreiche, auch historische Forschung zur Schlafkrankheit, die das östliche Afrika in den Fokus nimmt, und die Autorin selbst bezieht eine beeindruckende Bandbreite der bisherigen Untersuchungen sowie zugänglicher Archivadokumente, insbesondere aus Beständen des Bundesarchivs in Berlin und des Archive of the Society of Missionaries in Africa (White Fathers) in Rom, in ihre Analyse ein. Aufgrund ihrer „Länderbeispiele“ mag es zunächst danach aussehen, als würde Webel den komparativen Ansatz Michael Worboys nun in umfangreicherer Form weiterführen.¹ Dies ist allerdings nicht der Fall. Während Worboys in der Perspektive der europäischen Kolonialmächte verharrt und unterschiedliche Praktiken ausschließlich – und zudem stark verallgemeinernd – bei den kolonialen Regierungen und ihrer Vertreter verortet, strebt Webel einen weitaus differenzierteren Ansatz an. Ihr Vorgehen ließe sich, zumindest im Hinblick auf die gewählten Perspektiven, eher mit dem James Giblins vergleichen, der am Beispiel der Zigua, die nahe der Küste mit der Schlafkrankheit konfrontiert waren, ausdrücklich die Bewohner*innen selbst statt vorwiegend eine noch junge koloniale Regierung in seine Untersuchung einbezieht.²

Für Webel bilden tradierte Praktiken im Umgang mit Krankheit allgemein und insbesondere mit plötzlich auftretenden ernsthafteren, sich weit verbreitenden Krankheiten einen Ausgangspunkt für ihre Betrachtung von Maßnahmen zur Prävention, Kontrolle und Methoden der Heilung im Zusammenhang mit der Schlafkrankheit. In ihrem ersten Beispiel führt die Autorin den Umgang mit *kaumpuli* an. Die Krankheit fand relativ zeitgleich mit der Schlafkrankheit in europäischen Quellen der Region Erwähnung und wurde, so Webel,

1 Vgl. Michael Worboys, 'The Comparative History of Sleeping Sickness in East and Central Africa, 1900-1914', in: *History of Science*, 32, 1, 1994, 89-102.

2 Vgl. James L. Giblin, 'The Precolonial Politics of Disease Control', in: Gregory Maddox, James L. Giblin, Isaria N. Kimambo (Hg.), *Custodians of the Land: Ecology and Culture in the History of Tanzania*, London 1996, 127-151.

häufig mit Beulenpest übersetzt, zuweilen benannten Missionarschreibern damit aber auch Cholera oder eben Schlafkrankheit. Im Unterschied zur Definition der Europäer*innen war das Verständnis oder die Definition der Ganda wesentlich ganzheitlicher. Diese fassten unter *kaumpuli* eben nicht nur spezifische Symptome, sondern auch ein mögliches Ungleichgewicht zwischen dem Menschen und seinem spirituellen Wesen. (S. 52-57)

Ein bestimmter Umgang mit Krankheit, der sich gleichfalls in Definitionsunterschieden von einzelnen Begriffen aufzeigen lässt, hätte sich, wie Webel hervorhebt und anhand ihrer drei Beispiele aufzeigt, aus der Geschichte und den Erfahrungen der Gesellschaften im Zwischenseengebiet heraus entwickelt. Auf spezifische Kenntnisse und unterschiedliche Praktiken vor Ort bauten daher auch die kolonialen Regierungen und (inter-)nationale Forschungsgruppen auf. Es ist somit nur konsequent, dass Webel ebenso Bezeichnungen für die Schlafkrankheit jenseits der europäischen Termini verwendet, und anhand von Begriffen in Luganda, *montaga* („the one who sleeps“), *botongo* oder *isimagira* in Oluhaya oder *ugonjwa wa malale* („sickness of sleeper or sleep“) in Kiswahili, einschließlich entsprechender etymologischer Erläuterungen dazu, das Vorgehen und die Maßnahmen seitens kolonialer Regierungen und europäisch-dominierten Forschungsgruppen in ein weniger zentrales Licht rückt. (S. 149-153)

Die Ssesse Inseln, die als erstes Fallbeispiel in Webels Untersuchung eine nähere Betrachtung erfahren, sind im Nordwesten des Victoriasees zu verorten und befanden sich um 1900 bereits innerhalb der Grenzen des britischen Protektorat Uganda. Im Laufe des 19. Jahrhunderts waren die Ssesse jedoch zunächst in die wachsende Einflussosphäre des Königiums der Ganda geraten. Als verbindendes Element zwischen den Bewohner*innen des Archipels und der Ganda lassen sich politische und rituelle Praktiken anführen. Diese erlangten bereits seit dem 18. Jahrhundert insbesondere wegen der Heiligtümer auf den Inseln Bedeutung; darunter v.a. die Schreine für die Gottheit des Sees, Mukasa. Die Heiligtümer und das Zusammenspiel politischer, ritueller und therapeutischer Praktiken wiederum führten laut Webel dazu, dass die Ssesse Inseln bis weit in das Umland hinein bekannt waren. Sie galten zum einen als ein Ort von Macht, was sich

z.B. in ihrer Bedeutung bei der Legitimation von Autoritäten zeigte, aber, so Webel, ebenso als ein Ort der Heilung. Zusätzlich fand Mukasa im Zusammenhang mit Fruchtbarkeit und Schutz Beachtung. Die soziale Bedeutung, aber ebenso die geopolitische Lage der Inseln und ihre ökonomischen Gegebenheiten waren schließlich auch für den Umgang mit der Schlafkrankheit in dieser Region entscheidend. So war es nicht die britische Kolonialregierung, die zuerst auf deren Ausbreitung reagierte und bestimmte Maßnahmen einführte (Rodungen, Umsiedlungen oder Mobilitätskontrollen erfolgten von Seiten der Briten erst später), sondern die Bewohner*innen der Region, die im Umgang mit der neuen Krankheit auf bestehendem Wissen aufbauten und tradierte Praktiken weiterführten. (z.B. S. 43-47)

Stetig ansteigende Kranken- und Todeszahlen sowie fehlende Kenntnisse von geeigneten Therapieformen sowohl seitens der Sese Bevölkerung als auch seitens der inzwischen auf den Inseln etablierten Missionsstationen führte zu einer Abwanderung etlicher Bewohner*innen auf das Festland nach Buganda. Mit der Erkenntnis, dass eine Heilung nicht möglich war, rückten zunächst die Bereiche Krankheitsprävention und Kontrolle in den Vordergrund. 1906 erreichte eine Forschergruppe, bestehend aus Deutschen und Afrikanern der ostafrikanischen Küstenregion, unter der Leitung des Bakteriologen Robert Koch die Sese Inseln, die dennoch oder weiterhin eine therapeutische Lösung mittels eines geeigneten, wenn auch erst zu entwickelnden Medikaments anstrebten. Trotz ihrer Präferenzen im Umgang mit der Krankheit waren auch die Wissenschaftler um Koch, wie Webel betont, in ihrer Forschung in lokale Politiken und Kosmologien eingebettet, zumal die Inseln längst mit Heilung in Verbindung gebracht wurden. Daher sind die Implementierung und der Ausbau der beiden Camps für Patient*innen von Schlafkrankheit, Bugalla und Bumangi, auf die Webel im weiteren Verlauf detailliert eingeht, sowie dort angewandte Therapieformen, v.a. mit dem unter internationalen Gelehrten heftig kritisiertem Atoxyl, generell durch gegen- und wechselseitige Einflüsse bestimmt worden und hatten sich entsprechend weiter entwickelt. Genauso war der Umgang mit Kranken und deren Angehörigen von Prozessen des Austauschs und Aushandelns bestimmt.

Letztlich scheiterte Kochs Ansatz und obwohl Atoxyl in den damaligen Kolonien weiter angewandt wurde, für die Ssesse Inseln galt die Erkenntnis, dass hier keine Heilung zu erwarten war, und die Menschen begannen den Inseln – und damit auch der dortigen Praxis unter Koch – den Rücken zu kehren.

Beziehungen zu den Ssesse Inseln pflegten gleichfalls die Bewohner*innen südwestlich der Inselgruppe, wo sich Webels zweites Fallbeispiel lokalisieren lässt. Das Kiziba Königtum war eines von acht Königreichen in Buhaya. Ende des 19. Jahrhunderts erstreckte es sich im Westen entlang des Victoriasees der damaligen Kolonie Deutsch-Ostafrika. Anhand der Ziba analysiert Webel in den folgenden Kapiteln die Strategien der dortigen Autoritäten und der kolonialen Gesundheitspolitik. Ähnlich wie bei ihrem Beispiel der Ssesse Inseln zuvor, arbeitet Webel auch hier zunächst anhand anderer Krankheiten lokales Wissen, Vorstellungen und Praktiken der Ziba im Zusammenhang mit Krankheiten allgemein heraus, um anschließend deren Umgang mit Schlafkrankheit näher zu beleuchten. Charakteristisch für dieses Beispiel ist insbesondere das Zusammenspiel zwischen Politik und dem Gesundheitsbereich. Webel gelingt eine Analyse dieser Wechselwirkungen vor allem durch die Betrachtung von Karutasigwa, der schließlich unter dem Namen Mutahangarwa den Thron bestieg und anfangs weitestgehend mit kolonialen Praktiken bei der Bekämpfung der Schlafkrankheit konform ging, ja ausdrücklich mit der Kolonialregierung zusammenarbeitete. Die Kooperationsbereitschaft von Mutahangarwa zeigte sich allerdings nicht erst mit dem Auftreten der Schlafkrankheit, sondern bereits zuvor im Umgang mit *rubungwa*, eine Bezeichnung, die, so Webel, vielmehr auf die Art der Verbreitung als auf das Krankheitsbild als solches verwies. Durch die Einbeziehung von verschiedenen, oftmals folgenschweren Krankheiten zeigt Webel auch gegenseitige Beeinflussung mit externen Praktiken auf, darunter Methoden von europäischen Wissenschaftlern, nicht zuletzt im internationalen Austausch, und daraus resultierender Entwicklungen oder aber Strategien der Kolonialregierung.

In der damaligen Ziba-Gesellschaft hatte der *mukama* (König) die Aufgabe, die Bewohner*innen in seinem Einflussbereich vor Krank-

heit und Unglück (s. dessen Beziehung zu Mukasa) zu schützen, eine Rolle, die letztlich der Legitimation seiner politischen Stellung diente. Das Auftreten von bestimmten Krankheiten, aber ebenso das Unvermögen, selbige erfolgreich einzudämmen, konnte also nicht nur das soziale und wirtschaftliche Leben ändern, sondern gefährdete zugleich die Position der lokalen Autorität. Sowohl für Ziba als auch für Europäer bot der Umgang mit *rubungwa* eine Art Präzedenzfall, auf dem das spätere Vorgehen bei der Schlafkrankheit beruhen konnte. 1907 gründeten die deutsche Kolonialregierung und Ziba-Autoritäten unter *mukama* Mutahangarwa ein Camp für Schlafkrankheits-Patient*innen. Das Kigarama Camp sollte später zum Aushängeschild der Kolonialregierung in Sachen Schlafkrankheitsbekämpfung werden, und Webel erörtert anhand dessen, wie sich der Umgang mit Krankheit und Kranken veränderte und welche Kontinuitäten sich in den Beziehungen zwischen den beteiligten Institutionen und den jeweiligen Gesellschaften aufzeigen lassen. So war das Kigarama Camp nicht nur in seinem Aufbau und der Wahl des Ortes an das Bugalla Camp auf den Ssesse Inseln angelehnt. Darüber hinaus übernahm das medizinische Personal auch Kochs Präferenz für eine Behandlung mit Atoxyl sowie dessen Therapiepläne. Allerdings durften die Patient*innen das Camp verlassen und von einer völligen Isolation und Internierung wurde abgesehen. Generell schenkt Webel in ihrer Untersuchung der Bedeutung des Raumes und räumlicher Strukturierung im Zusammengehen zwischen dem Sozialen und dem Politischen besondere Beachtung. Aufschlussreich war, laut Webel, die räumliche Isolierung von Kranken, die in der Ziba-Gesellschaft auch in vorkolonialer Zeit praktiziert wurde, sowie der Trennung der Orte, an denen Krankheiten auftauchten. Das Vorgehen fügte sich somit in die Vorstellungen seitens der Kolonialregierung, die hier an gängige Methoden anknüpfen konnte und aufgrund vergleichbarer Praktiken sowohl bei der Bevölkerung als auch der Ziba-Autoritäten auf breitere Akzeptanz hoffen durfte. (z.B. S. 129-131, 164) Darüber hinaus gab es Übereinstimmungen hinsichtlich kultureller und politischer Praktiken der Ziba und der medizinischen Vorgehensweise der Ärzte im Kigarama Camp – wenn auch nicht uneingeschränkt, wie Webel am Beispiel der so genannten Drüsenfühler (*gland-feeler*) darlegt.

Anhand des Kigarama Camps zeigt Webel wesentlich stärker als an dem vorangegangenen Beispiel der Ssesse Inseln, wie Interaktionen und wechselseitige Beziehungen zwischen Bewohner*innen, lokalen Autoritäten, den Patient*innen, dem medizinischen Personal und Forschenden sowie der Kolonialregierung in und um das Camp zusammenhing: „[...] the camp constituted a new, colonially defined space for treatment that was simultaneously a Ziba space of commerce, acquisition, agricultural production, healing, and exchange.“ (S. 151)

Nichtsdestotrotz führten auch im Kigarama Camp verschiedene Faktoren, darunter abermals der Einsatz von Atoxyl, dazu, dass die Bevölkerung – und folglich ebenso *mukama* Mutahangarwa – von einer dortigen Behandlung absah und zunehmend versuchte, sich dieser zu entziehen.

Im dritten und letzten Teil ihrer Untersuchung verlässt Webel den Victoriasee und wendet sich der Imbo Region am nördlichen Ufer des Tanganyikasee im heutigen Burundi zu. Im Unterschied zu den beiden anderen Beispielen bot die Region aufgrund der Bedeutung der Mobilität und Migration – ein Faktor, den die damalige deutsche Kolonialregierung explizit als Ursache für die Verbreitung der Schlafkrankheit ausmachte – eine weitere Möglichkeit, sich dem Untersuchungsthema zu nähern. Zeitgleich zur Anti-Schlafkrankheitskampagne am Victoriasee initiierte die Kolonialregierung auch hier eine Kampagne. Vorbild war abermals das Vorgehen von Koch auf den Ssesse Inseln. Laut Webel stand dabei jedoch in weitaus größerem Maßstab nicht nur der Aufbau von Camps und der breite Einsatz von Atoxyl im Mittelpunkt, sondern es wurde ebenso die Zerstörung des Habitats der Tsetse Fliege angestrebt. Für letzteres bedurfte es stetig verfügbarer Arbeitskräfte, was für die kolonialen Pläne im Gesundheitsbereich nicht zuletzt aufgrund von Verweigerungen zur Arbeit eine Herausforderung darstellte. Wie insgesamt, musste sich die Regierung in ihren Planungen und Aktivitäten den lokalen Gesellschaften anpassen. Dies galt vor allem für den Bereich des Austausches und der Mobilität zwischen den Bewohner*innen entlang und über den See hinweg.

Abermals bezieht Webel den Umgang der Gesellschaften mit anderen Krankheiten in ihre Untersuchung ein, lenkt allerdings die

Aufmerksamkeit auf lokale Besonderheiten, die für die Thematik außerdem eine Rolle spielten. Darunter fielen explizit die intensiven Handelsbeziehungen (z.B. mit Elfenbein oder Sklaven), die die Bewohner*innen sowohl mit den verschiedenen Regionen um den Tanganyikasee als auch mit Bewohner*innen am Indischen Ozean verbanden. Konkret im Fokus standen ausgewählte Orte, an denen Handel betrieben wurde und die die Kolonialregierung angesichts der dortigen Menschenansammlungen für eine weitere Verbreitung der Krankheit verantwortlich machte. Größeres Interesse erfuhren zudem die – wenn auch mitunter nur temporären – Migrationsbewegungen, insbesondere jene, die von der Halbinsel Ubwari die Menschen nach Imbo führte. Da die Kolonialregierung Mobilität in ihren unterschiedlichen Formen für ausschlaggebend bei der Verbreitung der Schlafkrankheit hielt, gab es beinahe zwangsläufig Versuche, diese zu unterbinden oder zumindest zu kontrollieren. Wie auch die Maßnahmen, die die Regierung zur Erfassung von Kranken ergriff, so im Hinblick auf Rodungen, blieben Beschränkungen oder Verbote bezüglich Mobilität nicht frei von Zwang und Gewalt und wirkten sich somit auf die Beziehungen zwischen der kolonialen Regierung und den Bewohner*innen der Region aus.

Die Publikation richtet sich explizit auch an einen Leserkreis, der sich zuvor noch wenig mit der Geschichte des afrikanischen Kontinents oder ostafrikanischer Gesellschaften auseinandergesetzt hat. Vor allen drei Beispielen findet sich daher eine Überblicksdarstellung zur jeweiligen Region, in der Webel politische, soziale und kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts kurz umreißt. Dies erleichtert nicht nur einen Einstieg in die Geschichte der vorgestellten Gebiete und ihrer Gesellschaften, sondern auch in die daran anschließenden analytischen Teile der Untersuchung.

Die Stärke von Webels Publikation liegt in der Berücksichtigung verschiedenster Fachliteratur zur Region, einem äußerst heterogenen Quellenkorpus und ihrer interdisziplinären Herangehens- und Argumentationsweise. Damit arbeitet sie nicht nur ein differenziertes Bild der vielschichten Zusammenhänge im Hinblick auf Krankheit und Gesellschaft heraus, sondern bietet anhand der einzelnen Mik-

rostudien auch eine neue Möglichkeit der Betrachtung und weitere Kenntnisse zu einem an sich vielfach untersuchten Themenbereich. Während die bisherige Forschung allerdings weitgehend den Fokus auf damalige europäische Kolonialregierungen und Wissenschaftler legt, führt Webel den Blick ebenso auf die Gesellschaften, die während des Untersuchungszeitraums in den jeweiligen Regionen lebten. Anhand der Untersuchung von drei Orten verdeutlicht sie die Bedeutung lokaler historischer Zusammenhänge und Bedingungen und zeigt zudem Kontinuitäten wie auch gesellschaftliche Veränderungen. So fanden bei den Ssesse Inseln europäische Wissenschaftler einen Ort vor, an dem Praktiken im Zusammenhang mit Heilung bereits tradiert waren, die ideale Bedingungen für Forschung und Anwendung zu bieten schien. Anhand des Kigarama Camps wird dagegen das Zusammengehen zwischen kolonialen und lokalen Autoritäten in den Vordergrund gestellt, und im letzten Beispiel der Imbo Region zeigt die Autorin, wie politische und wirtschaftliche Interessen den Umgang mit der Schlafkrankheit prägten und umgekehrt.

Ungeachtet des Fokus auf die afrikanische Schlafkrankheit, erfahren Lesende mit der Lektüre einiges mehr über soziale, kulturelle und politische Hinter- und Vordergründe, die das Geschehen und das Miteinander im Umgang mit der Krankheit beeinflussten. Webel interpretiert dabei Maßnahmen, die von damaligen kolonialen Regierungen getroffen oder umgesetzt worden waren, nicht als Ausdruck einseitiger Handlungsfähigkeit. Afrikanische wie europäische Gesellschaften oder einzelne Personen sind stattdessen sowohl als Empfänger*innen als auch als Überbringer*innen bestimmten Wissens und ausgewählter Praktiken im Gesundheitsbereich einbezogen, ohne dass dies die sich etablierende koloniale Hierarchie aufgehoben hätte. (S. 91-99) Auch wenn die Untersuchung weniger die transnationalen Zusammenhänge beleuchtet, die die Autorin zu Beginn ankündigt bzw. sich diese vielleicht an einigen Stellen treffender als transregional bezeichnen ließen, insgesamt gelingt Mari K. Webel hier eine äußerst lesenswerte, differenzierte, informative und nicht zuletzt aktuell erhellende „intercolonial history of health, research, and everyday life with sleeping sickness at its center“. (S. xii)

Nicole Wiederroth

Andreas Bohne, Bernd Hüttner, Anja Schade (Hg.), Apartheid No! Facetten von Solidarität in der DDR und BRD, Berlin 2019. ISBN 978-3-948250-05-8

Deutschlands geteilte Geschichte hat viele Facetten, die erst ansatzweise historisch erforscht und gesellschaftlich diskutiert wurden. Die internationale Solidarität und Unterstützung von Unabhängigkeitsbewegungen zählen zu den bislang kaum beachteten Themen. Das ändert sich nun mit dem lesenswerten Sammelband „Apartheid No!“, der im Auftrag der Rosa-Luxemburg Stiftung entstand. In über dreißig Beiträgen unterschiedlicher Länge und Ausrichtung – von wissenschaftlichen Analysen bis zu persönlichen Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – bieten Autorinnen und Autoren aus den neuen und alten Bundesländern Einblicke in die Bedeutung der Anti-Apartheid-Proteste in Ost und West. Diese Perspektive ist nicht nur vom Zeitpunkt her interessant, zumal vor dreißig Jahren Nelson Mandela aus einer jahrzehntelangen Haft als politischer Gefangener entlassen wurde und vor über 25 Jahren die ersten freien und demokratischen Wahlen in Südafrika stattfanden.

Die zusammengestellten Aufsätze sind auch deshalb aufschlussreich, weil die DDR internationale Solidarität als außenpolitisches Ziel verfolgte und den African National Congress (ANC) auf vielen Ebenen aktiv unterstützte, während die Bonner Bundesrepublik trotz internationaler Sanktionen mit der rassistischen Minderheitenregierung in Pretoria kooperierte. Einen sehr guten Einblick in diese Problematik bietet der fundierte Beitrag von Ingeborg Wick, die zwischen 1974 und 1990 als Geschäftsführerin der bundesdeutschen Anti-Apartheidbewegung (AAB) wirkte. Sie erläutert, dass bundesdeutsche Großbanken ab Mitte der 1970er Jahre im Südafrikageschäft dominierten und das Apartheidregime finanzierten. 1984 hatten 400 westdeutsche Unternehmen in Südafrika Niederlassungen und 7000 pflegten Handelsbeziehungen. In der Kernenergie ermöglichte die Kooperation von Forschungseinrichtungen und Unternehmen nicht nur die zivile Nutzung des Urans, sondern auch den Bau von Atombomben. Die Rüstungsindustrie profitierte ebenfalls vom

Export ihrer kostspieligen Waffen und Ausrüstung an den südafrikanischen Sicherheitsapparat.

Deshalb organisierte die AAB einen Rüstungsexportboykott – neben einem Bankenboykott und weiteren Kampagnen gegen die Kollaboration mit dem rassistischen Regime. Detailliert beschreibt Ingeborg Wick das juristische Vorgehen der AAB und die Anfeindungen, die dieser Bewegung von Seiten der Bonner Regierung entgegengebracht wurden.

Ostberliner Anti-Apartheid-Aktivitäten hatten eine ganz andere politische Verortung, denn die Regierung der DDR förderte den ANC in vielfacher Weise: Personell beispielsweise durch die Ausbildung von Studierenden und die Behandlung verwundeter Untergrundkämpfer sowie logistisch etwa durch die regelmäßige Publikation der offiziellen ANC-Publikation Sechaba. Seit 1978 hatte der ANC eine offizielle Vertretung in Ost-Berlin, die beim Solidaritätskomitee der DDR akkreditiert war. Zur finanziellen Unterstützung des ANC trugen Spenden bei, die unter anderem Arbeiterinnen und Arbeiter aufbrachten. Peter Stobinski, der jahrelang für das Solidaritätskomitee der DDR arbeitete, erklärt Unterstützungsmaßnahmen und deren Verknüpfung auf mehreren Ebenen. Seine anschaulichen Schilderungen der Hilfslieferungen für das ANC-Flüchtlingslager in Tansania sowie internationaler Kulturveranstaltungen und künstlerischer Aktivitäten illustrieren, wie offizielle Solidaritätsarbeit aussah und von unterschiedlichen Bevölkerungskreisen mitgetragen wurde.

Aufschlussreich ist auch der Rückblick von Maria Magdalena Verburg zu kirchlichen Initiativen gegen den Rassismus in Südafrika. Sie beleuchtet Kontroversen innerhalb der Evangelischen Kirche über die Frage, inwieweit Organisationen unterstützt werden sollten, die zur Waffengewalt aufriefen. Dazu zählte der ANC. Während der Facharbeitskreis Ökumenische Diakonie dies im Rahmen eines Anti-Rassismus-Programms befürwortete und die Konferenz der Kirchenleitungen des Bunds der Evangelischen Kirchen (BEK) dem 1971 zustimmte, sorgte das Anti-Rassismus-Programm in Landeskirchen und Gemeinden für Diskussionen. Eine zweite Konfliktlinie ergab sich dadurch, dass der BEK in der DDR bewaffnete Befreiungsbewegungen wie den ANC durch einen Sonderfond unterstütz-

te, während die Leitung der westdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dies ablehnte.

EKD und BEK waren durch den Mauerbau 1969 getrennt worden, standen aber weiterhin in Kontakt, wie Verburg erklärt. Konservative kirchliche Kreise in Westdeutschland distanzieren sich auch von befreiungstheologischen und dependenztheoretischen Ansätzen, die Kirchen in der DDR stärker befürworteten. Deren Verhältnis zur DDR-Regierung kategorisiert Verburg als offiziell geduldeter Freiraum: Kirchliche, im Sinne von geistig-religiöser Arbeit hätte gewisse Freiheiten gehabt – im Gegenzug sei staatsstabilisierende Loyalität verlangt worden. Die Autorin ordnet den Weg der Evangelischen Kirche in der DDR als Gradwanderung in einem offiziell geduldeten Freiraum ein, spricht unter Bezugnahme auf Zitate von einer Lerngemeinschaft für einen verbesserlichen Sozialismus und lehnt Kritik ab, die von inakzeptabler Staatsnähe und großer Anpassung ausgeht. Aus den gegebenen Möglichkeiten der Meinungsvielfalt seien nicht-staatliche entwicklungspolitische Initiativen entstanden, die sich auch nach der Wende unter anderem mit Ländern im südlichen Afrika befassten. An der staatsoffiziellen „anti-imperialistischen Solidarität“ hätten sie Kritik geübt.

Auch einige andere Autorinnen und Autoren aus den neuen und alten Bundesländern widmen sich unterschiedlichen Standpunkten und Kontroversen innerhalb der Evangelischen Kirchen zur Unterstützung von Anti-Apartheidgruppen und zur Haltung gegenüber den Regierungen in Ost-Berlin bzw. Bonn. Indem diese kirchlichen Debatten und diejenigen in nicht-konfessionell gebundenen Kreisen in diesem Sammelband in großer Bandbreite vorgestellt werden, leistet er einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit einem Thema, das nicht nur etwas über den Widerstand gegen das Apartheidregime aussagt, sondern auch auf weitere Kontroversen in unserer jüngeren Zeitgeschichte hinweist.

Das Buch ist reich mit Fotos, Postern, Kampagnenmaterial und ausgewählten Zeitungsausschnitten bebildert und auch für eine größere Öffentlichkeit einladend gestaltet. Es ist kostenlos bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu erwerben und dort elektronisch verfügbar, was seine geschichtsdidaktische Verwendung erleichtert. Auf der

Webseite Apartheid-No.de finden sich zudem etliche Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die Texte im Sammelband ergänzen.

Rita Schäfer

Laura Evans, Survival in the Dumping Grounds. A Social History of Apartheid Relocation, Leiden 2019. ISBN 978-900-4388277

Dreißig Jahre nach der Freilassung von Nelson Mandela aus seiner Jahrzehnte langen Haft als politischer Gefangener ist die Apartheid (1948-1994) in Südafrika keineswegs eine überwundene Phase in der von Gewalt und Unrecht geprägten Vergangenheit. Gerade die jüngsten Äußerungen des letzten Präsidenten der weißen Minderheitenregierung in Pretoria, Frederik Willem de Klerk, Apartheid sei kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen, hatten zornige Reaktionen der entwürdigten schwarzen Bevölkerungsmehrheit zur Folge, die mit der Repression des Apartheidregimes tagtäglich konfrontiert war. De Klerk hatte sich nie zu seiner Verantwortung für die Verbrechen unter seiner Regierung bekannt, nachdem er die ersten freien und demokratischen Wahlen 1994 verloren hatte und die Macht an Nelson Mandela abgeben musste.

Das Buch von Laura Evans thematisiert einen zentralen Bereich des Apartheidsystems: die Homelands, infrastrukturell miserabel ausgestattete Gebiete in peripheren Landesteilen, die für weiße Farmer wegen ihrer schlechten Böden und geringen Regenfälle völlig uninteressant waren. Dorthin wurden zwischen 1960 und 1980 etwa 3,5 Millionen Menschen zwangsweise umgesiedelt. Die Historikerin konzentriert sich auf zwei urbane Siedlungen, Sada und Ilinge, im Homeland Ciskei, das 1951 eingerichtet und 1981 von Südafrika offiziell unabhängig wurde; Selbstverwaltung wurde ihm 1972 zugestanden. Weder die Ciskei noch alle anderen unabhängigen Homelands wurden international anerkannt, denn sie waren Konstrukte der rassistischen Minderheitenregierung in Pretoria. Die Homelandbewohnerinnen und -bewohner waren ihrer grundlegenden Rechte beraubt und vom Apartheidregime weiterhin direkt und indirekt schikaniert.

Evans, deren Publikation auf einer 2010 an der Universität Sheffield eingereichten Dissertation aufbaut, wertet Archivmaterial und halbstrukturierte Interviews mit 76 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus, die seit Jahrzehnten in der Ciskei wohnten, mehrheitlich waren sie dorthin zwangsumgesiedelt worden. Für die 2008 und 2009 auf isiXhosa geführten Interviews erhielt sie vor Ort Unterstützung von drei jungen Übersetzerinnen, die namentlich genannt werden.

Die Publikation ist neben einer Einleitung und einer Schlussbetrachtung in drei Teile mit insgesamt sechs Kapiteln untergliedert. Sie enthält einzelne anschauliche Karten zur geographischen Einordnung, umfasst einen ausführlichen Index und eine umfangreiche Literaturliste mit englischsprachigen Veröffentlichungen. Es werden keine Studien zitiert, die auf Afrikaans erschienen sind. Inwieweit in den Archiven afrikaanse Dokumente ausgewertet wurden, ist nicht belegt. Dies ist bemerkenswert, da die Autorin Regierungsentscheidungen und Verwaltungshandeln der Apartheidbürokratie analysiert und interpretiert. Die Sprachenfrage im Quellenbestand wird nicht problematisiert.

In der Einleitung ihrer sozialhistorisch ausgerichteten Studie erläutert die Autorin: Die Ciskei war eines der am dichtesten besiedelten Homelands, dennoch fehlten Trink- und Abwasserversorgung sowie Gesundheitseinrichtungen weitgehend. Aufgrund von Armut und Nahrungsmittelmangel breiteten sich in den aus minderwertigem Material wie Wellblech und Asbest oder schlecht gebrannten Steinen errichteten, und von Anfang an baufälligen Häusern rasch Infektionskrankheiten aus. Dazu trugen die hohe Bevölkerungsdichte und die beengten Wohnverhältnisse bei, denn die Häuser bestanden oft nur aus einem Raum, wurden aber von durchschnittlich sechs Personen bewohnt.

Hohe Raten an Kindersterblichkeit belasteten das Leben insbesondere der Frauen. Im 1963 aus dem Boden gestampften Sada, wo 1980 etwa 40.000 Menschen zumeist unfreiwillig wohnten, und im 1964 errichteten Ilinge, mit ca. 12.000 Menschen im Jahr 1973, herrschte hohe Arbeitslosigkeit. Die Männer waren zur Wanderarbeit in weit entfernten Städten gezwungen, doch von den geringen Löhnen konnten sie ihre Familien nur unzureichend versorgen. Drasti-

sche Zuzugsbeschränkungen in den Städten sollten der Urbanisierung schwarzer Frauen Einhalt gebieten und machten sie von den unregelmäßigen Geldsendungen männlicher Verwandter abhängig. Diese Strukturprobleme und die negativen Folgen für die Geschlechterverhältnisse beschreibt Evans in den Kapiteln drei bis fünf genauer. Sie zeichnen den empirischen Wert dieses Buches aus, denn sie basieren auf der Auswertung von Zeitzeuginnen-Interviews und ermöglichen dadurch Annäherungen an die subjektiven Erinnerungen von Frauen, worauf die Autorin Wert legt.

Der empirischen Analyse ist eine historische Kontextualisierung mit konzeptionellen Überlegungen im ersten Teil des Buches vorgestellt. Darin zeigt Evans, dass die Einrichtung von Homelands eine groß angelegte Form des „Social Engineering“ und ein Vorgehen war, das auf frühere Formen der Trennung von Bevölkerungsgruppen, auf rassistische Verwaltungspraktiken und Umsiedlungen in britischen Siedlerkolonien sowie deren Vormachtsansprüchen aufbaute. Die modernistische Planung war nur deren Fortentwicklung in einem weiterhin repressiven System, dazu zählte auch die Fortentwicklung der indirekten Herrschaft. Neu waren die Unabhängigkeit von zehn Homelands und der ethnische Nationalismus, der verbreitet wurde. Evans stellt bisherige Forschungsansätze zu Homelands vor und kritisiert diese, beispielsweise hätten marxistische Erklärungen zu sehr die Kapitalakkumulation durch die Ausbeutung der Wanderarbeit und die Vertreibung überflüssiger Arbeitskräfte in die Peripherie – also die Homelands – betont. Die Bedingungen und Dynamiken der Umsiedlung seien bei diesem funktionalen Ansatz in den Hintergrund geraten. Bei ihren theoriegeleiteten Überlegungen und Interpretationen einzelner Bildquellen greift sie weit aus auf ganz unterschiedliche Zeiten und Weltregionen, die sie grob skizziert. Ob ihre Vergleiche wirklich tragen, ist in etlichen Fällen diskussionswürdig, da sie deren Kontexte genauer erläutern müsste, was den Rahmen einer Dissertation sprengen würde.

Unter Bezug auf südafrikanische Forschungen weist die Historikerin darauf hin, dass der Apartheidstaat kein kohärentes Gebilde war, sondern interne Dynamiken und Bruchstellen hatte. Dazu beschreibt sie Vorgehensweisen des Department of Bantu Administration and

Development und des South African Native Affairs Department bezüglich der Umsiedlungen. Gleichzeitig legt sie Wert darauf, nicht nur die nationalen und lokalen Verwaltungsstrukturen des repressiven Apartheidregimes und der Ciskei Territorial Authority zeitspezifisch und nuanciert zu betrachten, sondern die davon betroffenen Menschen als Gestalterinnen und Gestalter ihrer Geschichte wahrzunehmen, die in den Homelands neue soziale Orte schufen, wozu sie beispielsweise Kirchengruppen und Sportclubs zählt. Mit ihrer Perspektive will sie die Dichotomie von Unterdrückten versus Kollaborateuren überwinden. Um von der Vorstellung einer homogenen Gruppe der Unterdrückten abzurücken, unterscheidet sie zwischen den Menschen, die von weißen Farmen vertrieben wurden, wo sie als Pächter, Sub-Pächter, Arbeiter oder Squatter gewohnt hatten. Eine zweite Gruppe sind Menschen, die aus Kapstadt zwangsumgesiedelt wurden, und eine dritte, zahlenmäßig aber kleine Gruppe sind entlassene politische Gefangene, die mit einem Bann belegt wurden, was ihre Mobilität, Kommunikations- und Arbeitsmöglichkeiten betraf. Sie widmet sich der Lebenswelt dieser unterschiedlichen Gruppen und fokussiert auf deren Handlungsmöglichkeiten, die in bisherigen Studien wegen deren Opferorientierung vernachlässigt worden seien. So hebt sie die Entscheidungen schwarzer Farmarbeiter hervor, in die neuen Homelands zu ziehen, bevor Farmer sie willkürlich vertrieben. In wirtschaftlicher Hinsicht hatten sie weiterhin nur wenige Möglichkeiten, Geld zu verdienen, etwa als Tagelöhner und Saisonarbeiter auf Farmen. Damit standen sie auf der untersten Stufe der Einkommensgruppen in den Homelands, denn die Löhne der Wanderarbeiter waren höher und regelmäßiger, soweit sie in Minen oder Fabriken am Kap oder in Johannesburg einen Arbeitsvertrag und damit ein temporäres Aufenthaltsrecht in den urbanen Zentren erhielten. Ihre Frauen mussten aber in den Homelands bleiben, wo viele auf neue Formen von Reziprozität angewiesen waren. Wenn die als Wanderarbeiter tätigen Ehemänner zu Besuch kamen, sorgte gemeinsames Trinken von selbstgebrautem Bier für deren soziale Anerkennung. Dabei wandelten die Nachbarschaften in den Homelands traditionelle Respektvorstellungen gegenüber Männern in neue Praktiken um.

Wirtschaftlich noch besser gestellt waren Mitarbeiter der Lokalverwaltung, die über etwas Schulbildung verfügten.

Kompliziert war die Situation politischer Gefangener, die aus der Haft entlassen worden waren und in die Homelands verbannt wurden. Etliche erhielten Hilfssendungen von internationalen Unterstützungsgruppen, weshalb die von existentieller Armut und monatelanger Arbeitslosigkeit betroffenen Saisonarbeiter und Tagelöhner sie argwöhnisch beäugten. Dazu trugen auch die Spezialeinheiten der Polizei bei, die gegen die Gebannten hetzten und sie als Kriminelle diffamierten. 1969 wohnten über 40 verbannte politische Aktivisten bzw. Ex-Gefangene in Ilinge, sie und ihre Ehefrauen wurden wiederholt von Spezialeinheiten der Polizei belästigt. Nur wenigen Gebannten gelang es, als Lehrer oder Buchhalter tätig zu werden. Evans beschreibt wertschätzend die politischen Aktivitäten der Gebannten, die Sportclubs und Kulturgruppen gründeten und diese für politische Gespräche mit neuen jungen Vertrauten nutzten. Zudem halfen einige nachts auch jungen Untergrundkämpfern, nach Lesotho zu fliehen. Inwieweit die Strukturen von Polizeispitzeln und Zuarbeitern der repressiven Homelandbehörden infiltriert und bedroht wurden bleibt offen. Erwähnt werden nur Infiltrationen durch Spitzel in Lesotho, die beispielsweise 1977 mörderisch endeten. Über das Verhältnis zwischen konkurrierenden Widerstandsgruppen in der Ciskei erfährt man wenig, wollten die Interviewpartner nicht darüber sprechen?

Die Problematik politischer Organisation führt letztlich wieder auf die Verwaltungsebene, wobei die zitierten Studien und die Interviewten den Verantwortlichen der Bantu Administration and Development despotischen bzw. autokratischen Paternalismus bescheinigten. Die tribalen und regionalen Autoritäten, die über ein koloniales Konstrukt herrschten und deren Macht keineswegs traditionell legitimiert war, nutzten Patronage für ihre Interessenpolitik. Konkret vergaben sie Wohnrechte in Häusern sowie schlecht entlohnte Jobs im Straßenbau oder in der Textilproduktion an ihre Günstlinge, die sich als treue Steuerzahler und Parteimitglieder in der Ciskei National Independence Party bewährt hatten. Auch das war eine Form von Agency, die Evans vorstellt – allerdings auf Kosten vieler Homelandbewohnerinnen und Bewohnern und vertiefter Spaltungen zwischen diesen. Als

die zu verteilenden Ressourcen, die von Pretoria bereitgestellt worden waren, in den 1980er Jahren schrumpften, gerieten die lokalen Patronagenetze unter Druck und es formierte sich Widerstand, wie Evans beschreibt. Die lokalen Machthaber reagierten mit intensivierter Repression, was sie weiter delegitimierte und neue Protestwellen zur Folge hatte.

Zwar wurde die Ciskei in den 1980er Jahren zu einem Zentrum des Widerstands, die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Probleme wurden jedoch auch nach der Machtübernahme des ANC nicht gelöst. So reagierten die Menschen mit Protesten für eine menschenwürdige Wasser- und Stromversorgung und gegen Korruption der neuen lokalen Verwaltungseliten.

Das mit viel Empathie für die Bewohnerinnen und Bewohner der Ciskei geschriebene Buch hat seine Stärke in der Empirie. Es zeigt differenziert deren Handlungsmöglichkeiten und -grenzen unter den vorgegebenen Verwaltungsstrukturen auf, so trägt es zur Sozialgeschichte des früheren Homelands bei.

Rita Schäfer

Tycho van der Hoog, Breweries, Politics and Identity. The History Behind Namibian Beer, Basel 2019. ISBN 978-3-906927-12-1

Kein Biertrinker? Kein Problem. Es gibt in diesem Buch jenseits der Handlungsmaxime einer Fermentierungsindustrie viel zu entdecken und zu genießen. - Mit ähnlichen Worten eröffnet Anne Mager, Professorin emeritus in Geschichte an der Universität Kapstadt und Autorin von *Beer, Sociability, and Masculinity in South Africa* (Indiana University Press 2010) punktgenau ihr Vorwort zu dieser Studie, die in der Tat neben umfangreichen fachlich fundierten Einblicken in eine mittlerweile 120jährige Geschichte der Bierbrauerei in Südwestafrika und Namibia eine unterhaltsame Lektüre in Wort und Bild offeriert – Sozialgeschichte, die in vorbildlicher Weise weit über ein Fachpublikum hinaus zielt und mit zahlreichen Fotos und Illustrationen ansprechend gestaltet wurde. Wie Anne Mager zurecht schließt: Das Buch ist ebenso vergnüglich wie ernsthaft und wissenschaftlich (S. VII).

Wenngleich mitunter die akribisch versammelten Informationen, die auf Archivstudien und Interviews vor Ort basieren etwas allzu detailliert und nicht selten auch einmal redundant sind, ist dies eine kurzweilige Erkundung eines integralen auch kulturellen Bestandteils des heutigen Namibia. Die Geschichte des Biers im Sinne lokal produzierter alkoholischer Getränke geht dabei in die Zeiten vor Beginn des deutschen Kolonialismus zurück und findet bis heute in unterschiedlichen ethnisch-regionalen Formen statt. Während dies ausdrücklich vermerkt wird, geht es aber um den Beginn und die sukzessive Transformation eines siedlerkolonialen Getränks, das seit 1900 im Lande hergestellt wird, und seither zu einem Symbol des unabhängigen Namibia wurde (S. 1). Mittels strikter Alkoholgesetze, die den Ausschank von Bier an die afrikanische Bevölkerung jahrzehntelang reglementierten und dessen Verkauf lange Zeit unterbanden, wurde ein ursprünglich landesweit geteiltes Produkt etabliert. Doch nach der Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen wandelte sich das europäisch gebraute und konsumierte Gut von einer Ikone getrennter Biermärkte zu einem Symbol des unabhängigen Namibia (S. 6).

Das erste Kapitel zum Zeitraum 1900 bis 1920 zeigt, wie sehr in der Siedlerkolonie Deutsch-Südwestafrika die mit militärischer Gewalt vollzogene Landnahme seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit einer „Vergnügungskultur“ in Form von Biergärten, Glücksspiel und Bordellen einher ging – „Freizeitaktivitäten“, die unter dem Begriff „Windhoekeritis“ subsumiert wurden (S. 16). Bereits zu jener Zeit war der Markt und die Produktion durch erbitterte Konkurrenz im „Bierdreieck“ Windhoek-Swakopmund-Omaruru geprägt. Mit der Übernahme der ehemals deutschen Kolonie durch das südafrikanische Besatzungsregime wird im zweiten Kapitel der sich wandelnde Biermarkt zwischen 1920 und 1970 dargestellt. Hierzu gehörten Versuche, trotz der gesetzlichen Einschränkungen den afrikanischen Markt zu erschließen. Dabei wurden auch Interessenkonflikte zwischen der restriktiven Politik und den wirtschaftlichen Interessen der weißen Inhaber von Geschäften deutlich (S. 62f). Als Ergebnis der Regulierungsversuche kam es zur Einrichtung von Bierhallen in den *townships* („Eingeborenenwerften“), in denen ein Getränk mit

deutlich geringerem Alkoholgehalt ausgeschenkt wurde. Bereits in den 1960er Jahren wurde die Ausgestaltung der heimischen Bierproduktion in ihren wesentlichen, bis heute bestehenden Eigentumsstrukturen vollzogen. Mit Werner und Hilde List – deren oftmals unterschätzte Rolle in der Konsolidierung des entstehenden Imperiums erfreulich klar erkannt und benannt wird (S. 67f) – konsolidierten sich die South West Breweries (SWB) als ein Familienbesitz, der seither die weit über den Gerstensaft hinaus gehende Getränkeproduktion im Lande fest im Griff hat und kontrolliert.

Die eigentliche Wende vollzog sich schließlich mit der Aufhebung der Alkoholgesetze 1969, die ab 1970 bis in die Gegenwart im dritten Kapitel ausführlich beschrieben wird. Dabei gilt der Gleichung von Bier und Identität besondere Aufmerksamkeit als einem der interessantesten Aspekte dieser Studie. Nicht nur spielt hierbei bis in die Gegenwart die Beibehaltung des deutschen Reinheitsgebots bei der Vermarktung und dem Image eine wesentliche Rolle im umkämpften Markt des südlichen Afrika, der außerhalb Namibias weitgehend von South African Breweries (SAB) kontrolliert wird. Auch war das prominente Logo des „Schutztruppenreiters“ auf dem Etikett der SWB-Biersorten ein symbolischer visueller Bezugspunkt, der allerdings mit der Unabhängigkeit 1990 obsolet und unmittelbar danach durch „namibiafreundliche“ visuelle Gestaltung ersetzt wurde. Eine Werbekampagne mit Betonung des namibischen Profils ergänzte den Imagewandel (S. 86).

Was der Autor in diesem Zusammenhang unterschätzt, ist eine spezifische Konstellation hinsichtlich des Charakters von Führungspersönlichkeiten. Werner List vermochte es, sich im Zuge des Übergangs zur Unabhängigkeit als Gönner und Mäzen der Feierlichkeiten zu positionieren und verteilte großzügige Geschenke an die Befreiungsbewegung South West African People's Organisation (SWAPO) und deren Führung. Dass nur wenige Wochen zuvor noch Hunderte von Arbeitern in der Brauerei wegen der Arbeitsbedingungen streikten und viele von diesen entlassen wurden, vermochte Lists Reputation nicht zu beeinträchtigen. Am Abend vor der zu Mitternacht stattfindenden Unabhängigkeitszeremonie schlenderte er Hand in Hand mit dem SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma in den Sportclub

Windhoek zu einem von ihm mitfinanzierten Festbankett. Werner List als Industrieboss und Sam Nujoma als Autokrat – quasi als Kapitäne auf einer wirtschaftlichen und einer politischen Kommando-
brücke – verstanden sich auf Anhieb (davon zeugt auch ein Foto auf S. 90).

Dank der Flexibilität in der Firmengestaltung sowie dieser persönlichen Affinitäten schaffte es SWB, nunmehr als Namibia Breweries (NBL), den einschneidenden Wandel der politischen Machtverhältnisse nicht nur zu überleben, sondern die Vormachtstellung zu konsolidieren und aus sicherer Position operierend in der Region zu expandieren. Der Angriff der SAB auf den heimischen Markt wurde mit Hilfe der namibischen Regierung erfolgreich abgewendet. Dank der Protektion konnte sich NBL neu positionieren und den Export nach Südafrika ausbauen. Dafür revanchierte sich die Firma mit Beiträgen zur Landesentwicklung jenseits der engeren Geschäftsinteressen (S. 94) – die allerdings nicht zuletzt im Bereich der Hotel- und Tagungsfazilitäten dadurch wiederum Nutznießer von staatlichen Aktivitäten wurden (die Studie lässt unberücksichtigt, dass der Konzern Olthaver & List als größtes lokales Unternehmen und NBL-Eigner auch in diesem Sektor operierte). Auch neuere Versuche kleiner Brauereien, Marktnischen zu besetzen, blieben ohne großen Einfluss und gefährdeten das quasi-Monopol bislang nicht.

Wie der Autor abschließend resümiert, vermochte NBL auf clevere Weise, eine inoffizielle Allianz mit der namibischen Regierung einzugehen (diese manifestiert sich auch in den strategisch wichtigen Positionen, die deren derzeitiger Top-Manager in einer Vielzahl von Aufsichtsräten staatstragender Betriebe und Institutionen besetzt). Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Perspektive auf den Biermarkt und namibischen Nationalismus die launische Natur politischer Identität dokumentiert, da sie zeigt, wie ein einziges Wirtschaftsprodukt an diametral gegensätzliche Identitäten geknüpft werden kann (S. 101). Anders ausgedrückt: Windhoek Bier trinken mit Anspruch sowohl die noch immer im Lande lebenden „Südwestler“ wie auch die Antikolonialisten jeglicher Orientierung, vom privilegierten Partei- und Regierungsmitglied bis zum Aktivisten in radikalen Sozialbewegungen.

Einmal Relikt kolonialer Zeiten, wird namibisches Bier heute weithin als eines der besten Beispiele namibischen Nationalismus gefeiert. Es ist eine überraschende Geschichte, die über die Wege der Interaktion zwischen Geschäft und Staaten Bände spricht. (S. 101)

Diesem Schlusssatz ist eigentlich wenig hinzu zu fügen, wäre da nicht eine abschließende Fußnote am Rande: Was in dieser Sozialgeschichte gar nicht vorkommt, ist die ökologische Dimension. Das wäre auch zu viel verlangt und ist deshalb nicht als Kritik, sondern Ergänzung zu verstehen. Die Bierbrauerei als intensive Praktik in einem der trockensten Länder der Erde dient ja nicht nur dazu, den Durst zu stillen. Sie verbraucht auch einen Teil des ohnehin schon recht knappen Wassers als lebensnotwendiger Ressource. Der Slogan „trinkt mehr Bier und spart Wasser“ ist gänzlich unpassend in einem ökologisch labilen System. Gemittelte Werte gehen davon aus, dass bei der Bierbrauerei etwa 3 bis 5 Liter Wasser für einen Liter Bier nötig sind. Ich fände es deshalb interessant, ob überhaupt und falls ja wie die Windhoek Stadtverwaltung oder die Regierung oder der staatseigene, mit der Wasserversorgung betraute Monopolbetrieb Namwater bei den anzunehmenden Verbrauchszahlen spezielle Tarife in Rechnung stellen – und wie genau diese ausfallen. Man möge mir nachsehen, dass mir solche Gedanken als nicht-passionierter, wenig aktiver Biertrinker trotz der amüsanten und unterhaltsamen Lektüre durch den Kopf gingen. Und ja: wo immer es die Wahl gibt, fällt die meine auf Windhoek Lite oder Windhoek Lager – patriotische Ehrensache.

Henning Melber